

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

erschint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Pfleiderstraße 16 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands.

Das Jahrhundert des Dampfes und der Elektrizität, das die gesamte Produktion umgestaltet, hat auch eine ungeheure Veränderung in der Stellung der Frau innerhalb der menschlichen Gesellschaft mit sich gebracht. In erster Linie, weil die moderne Großindustrie der Frau nach und nach fast alle produktiven Arbeiten im Hause abgenommen hat. Durch Anwendung und Ausnutzung aller technischen Errungenschaften werden die Produkte besser und vor allem billiger hergestellt, als es der einzelnen Hausfrau mit ihren primitiven Werkzeugen möglich ist, deshalb wanderten Spinnrad, Spinnrocken, Badrog zc. in die Kumpfkammer oder zum Antiquitätenhändler auf Nimmerwiedersehen. Die Frau aber wanderte in die Fabrik oder auf das Kontor, teils freiwillig, weil ihr eine höhere Bildung und ein erweiterter Gesichtskreis ein größeres Betätigungsfeld öffnete, zum großen Teil aber, weil sie durch die Macht der Verhältnisse aus dem Hause herausgetrieben wurde.

Die Maschinen und technischen Hilfsmittel aller Art gestatteten auch der schwächeren Frau ein Eindringen in Berufe, die ihr früher verschlossen waren, und schließlich hat die Frauarbeit dem Kapitalismus die Möglichkeit, möglichst billig zu produzieren. Mit besonderer Vorliebe hat sich deshalb der moderne Unternehmer in den letzten Jahrzehnten weibliche „Hände“ zugelegt, da diese nicht nur billiger, sondern auch williger und in manchen Berufen vielleicht auch ansehnlicher waren als die Arbeiter. Gesetze waren nicht im Wege und das „freie Spiel der Kräfte“, dieser Glaubensgrundsatz des „liberalen“ Unternehmertums, ist heute zu einem Glücksspiel mit wütenden Kräften ausgeartet, wobei rücksichtslos Raubbau getrieben wird an der Gesundheit des Weibes zum Schaden des gesamten Volkes.

Im folgenden wollen wir nachweisen, in welchem Umfang die Frauarbeit im letzten Jahrzehnt in der Eisen- und Metallindustrie Eingang gefunden hat. Bevor wir darauf eingehen, wollen wir kurz anführen, wie viele Frauen überhaupt erwerbstätig sind.

Am 12. Juni 1907 wurde bei der Berufszählung in Deutschland eine ortsanwesende Bevölkerung von 30 461 100 männlichen und 31 269 429 weiblichen Einwohnern gezählt. Die männlichen und weiblichen Einwohner sind in vier Gruppen zerlegt; wir führen diese Gruppen für die weiblichen Personen nachstehend auf und stellen zum Vergleich die Ergebnisse der Zählung vom Jahre 1895 daneben. Es waren vorhanden:

| | 1895 | 1907 | Zu- oder Abnahme 1907 gegen 1895 | |
|--------------------------------|----------|----------|----------------------------------|----------|
| | | | absolut | in Proz. |
| Erwerbstätige im Hauptberuf | 5264393 | 8243498 | + 2979105 | + 56,59 |
| Dienende für häusliche Dienste | 1313957 | 1249368 | - 64574 | - 4,91 |
| Angehörige | 18667224 | 19974341 | + 1307117 | + 7,00 |
| Beruflose Selbständige | 1116549 | 1792207 | + 676658 | + 60,66 |

Wie ersichtlich, hat die Zahl der im Hauptberuf erwerbstätigen Frauen seit 1895 um fast drei Millionen oder um rund 57 Prozent zugenommen. Für die frühere Zählperiode (von 1882 bis 1895) war nur eine Zunahme von rund einer Million (— 23,6 Prozent) zu konstatieren. Die Zahl der Dienenden für häusliche Dienste hat eine Abnahme erfahren, deren Ursachen wohl in erster Linie auf die klauenhafte Behandlung dieser Kategorie von Arbeitskräften zurückzuführen sind.

Rechnet man die Erwerbstätigen und die Dienenden zusammen, so ergibt sich, daß von der gesamten weiblichen Bevölkerung rund 30 Prozent (1895: 25 Prozent) auf eigenen Erwerb angewiesen sind. Fast für jede dritte weibliche Person liegt also heute das Schwergewicht nicht mehr in der Familie, sondern in der Berufstätigkeit. Wenn man bedenkt, welch großen Anteil an der Bevölkerung die unproduktiven Klassen — Greise, Kinder, Krüppel — haben, muß man wirklich staunen über den Umfang, den die Anwendung weiblicher Arbeitskräfte angenommen hat. Die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte bildet denn auch eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der letzten Berufszählung.

Die Eisen- und Metallindustrie ist einer der Berufe, in denen die Frauarbeit in besonderem Maße Eingang gefunden hat. Nach den amtlichen Zusammenstellungen betrug die Zunahme der gewerbetätigen weiblichen Personen 1907 gegen 1895 in der Metallverarbeitung 88,9 Prozent, in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 276,8 Prozent. Namentlich letztere Industrie hat in den letzten 25 Jahren eine ganz ungeheure Anzahl weiblicher Arbeitskräfte aufgenommen. Von 1882 bis 1907 ist darin eine Steigerung von 1127 Prozent zu verzeichnen.

Nach unseren besonderen Berechnungen, die nur die wirklichen Betriebe der Metallindustrie umfassen (die in den amtlichen Veröffentlichungen unter „Industrie der Maschinen“ u. s. w. befindliche Pianofortefabrikation ist ausgeschlossen, dafür sind der Güttnerbetrieb, Gas- und Wasserinstallation und Graveure einbezogen), sind gegen die Zählung vom Jahre 1895 im Jahre 1907 in der Metallverarbeitung 89,7 Prozent und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 217,3 Prozent weibliche Personen mehr beschäftigt. In beiden Berufsgruppen zusammen waren im Jahre 1907: 120 400 weibliche Personen tätig. In

welcher Stellung, zeigt nachstehende Tabelle, der wir zum Vergleich die Zahlen von 1895 beifügen. Es waren tätig als:

| | Im Jahre | | 1907 mehr gegen 1895 in Prozent |
|---|----------|-------|---------------------------------|
| | 1895 | 1907 | |
| Unternehmer | 4420 | 4270 | — |
| Aufsichtspersonal | 48 | 307 | 589,6 |
| Gelernte Arbeiterinnen | 10594 | 22859 | 115,7 |
| Ungelernte Arbeiterinnen | 94178 | 76802 | 124,1 |
| Sonstige Berufszugehörige, wie kaufmännisches Personal, Heimarbeiter, im Betrieb des Haushaltvorstandes tätige Familienangehörige zc. | 3011 | 16882 | 448,4 |

Die Zahl der weiblichen Unternehmer ist zurückgegangen, das ist aber auch der einzige Rückgang; in allen anderen Berufsstellungen sind Steigerungen, zum Teil ganz erhebliche, zu verzeichnen. Die Gesamtzunahme beträgt 111,3 Prozent.

Auf die beiden Gruppen Metallverarbeitung und Maschinenindustrie entfielen im Jahre 1907:

| | Metallverarbeitung | Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate |
|---|--------------------|--|
| Unternehmer | 3327 | 943 |
| Aufsichtspersonal | 160 | 147 |
| Gelernte Arbeiterinnen | 18012 | 4847 |
| Ungelernte Arbeiterinnen | 50294 | 26308 |
| Sonstige Berufszugehörige, wie kaufmännisches Personal, Heimarbeiter, im Betrieb des Haushaltvorstandes tätige Familienangehörige zc. | 1246 | 15116 |

Zusammen waren weibliche Erwerbstätige in der Metallverarbeitung 1895: 40 074, 1907: 73 039; in der Industrie der Maschinen u. s. w. 1895: 12 172, 1907: 47 361. Auffallend ist vor allem die große Zahl der weiblichen Unternehmer in der Metallverarbeitung, aber leicht erklärlich: sie existieren in den handwerksmäßigen Betrieben; es sind meistens Witwen, die das Geschäft nach dem Tode des Mannes weiterführen. Die meisten weiblichen Unternehmer (915) finden sich in der Schmiederei (Groß- und Hufeisen), in der Klempnerei (673) und Schlosserei (511).

Die große Zahl gelernter Arbeiterinnen in der Gruppe Metallverarbeitung entfällt in der Hauptsache auf die Gold-, Silber- und Blattmetallindustrie (10 205), auch in der Verarbeitung unedler Metalle, in der Fertigung von Metallspielwaren, in der Nadelindustrie und in der Gruppe Fertigung von Zeitmeßinstrumenten befinden sich viel gelernte weibliche Kräfte. Das Aufsichtspersonal entfällt fast ausschließlich auf die Gold- und Silberindustrie und auf die Verarbeitung unedler Metalle. In allen übrigen Gruppen wird die Ueberwachung und Beaufsichtigung der Arbeiterinnen von männlichen Personen ausgeübt. — Die folgende Tabelle gibt eine detaillierte Uebersicht:

| Berufsgruppe | Zahl der im Hauptberuf erwerbstätigen weiblichen Personen | | Gesamtzahl der bei den Beruf ausübenden weiblichen Personen | | Zunahme der weiblichen Person. gegen 1895 |
|---|---|---------------|---|---------------|---|
| | 1895 | 1907 | 1895 | 1907 | |
| Metallverarbeitung. | | | | | |
| Gold- und Silberarbeiter einschl. Blattmetallarbeiter | 10574 | 17010 | 10942 | 17686 | 61,6 |
| Kupferarbeiten | 255 | 142 | 305 | 170 | 30,2 |
| Zinnleger | 333 | 489 | 558 | 544 | 51,9 |
| Fertigung von Metallspielwaren | 855 | 4001 | 874 | 4198 | 380,4 |
| Sonst. Verarbeit. unedler Metalle | 6336 | 21136 | 6444 | 22095 | 242,9 |
| Eisen gießerei und Emaillierung | 2125 | 4998 | 2157 | 4448 | 106,2 |
| Klempner | 1124 | 1568 | 1469 | 2253 | 53,3 |
| Mechanikfabrikation | 4244 | 5807 | 4287 | 5932 | 38,4 |
| Schwarz- u. Weißblechherstellung | 208 | 570 | 210 | 571 | 172,0 |
| Zeng-, Senfen-, Messer- und Waffenschmiede | 939 | 1449 | 1050 | 1580 | 50,5 |
| Fertigung von Stiften, Nägeln, Schrauben, Ketten | 1988 | 4295 | 1976 | 4363 | 120,8 |
| Groß- und Hufeisen | 1408 | 1297 | 1919 | 2109 | 9,0 |
| Nadler- und Drahtwaren | 2999 | 5217 | 3097 | 5408 | 74,6 |
| Schloßer, Schlüssel-, Eisen- nadelherstellung | 1256 | 2109 | 1415 | 2238 | 58,1 |
| Feilenhauer | 215 | 372 | 254 | 406 | 59,0 |
| Fertigung eiserner Kurzwaren | 964 | 2286 | 992 | 2357 | 137,6 |
| Fabrikation von Schreibfedern | 437 | 893 | 438 | 894 | 104,1 |
| Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate. | | | | | |
| Maschinen, Werkzeuge, Apparate, einschl. Automobil- u. Fahrradfabr. | 3641 | 10571 | 3765 | 10368 | 188,6 |
| Schiffbau | 52 | 134 | 57 | 144 | 152,6 |
| Büchsenmacher und sonstige Verfertigung von Schußwaffen | 305 | 378 | 310 | 396 | 28,0 |
| Fertig. von Zeitmeßinstrumenten | 2040 | 4382 | 2172 | 4349 | 127,9 |
| Fertigung musikal. Instrumente | 1514 | 2941 | 1655 | 3678 | 122,2 |
| Verfertig. d. mathemat., physikal., chemischen u. chirurg. Instrum. | 1289 | 3340 | 1344 | 3516 | 161,6 |
| Lampen u. Beleuchtungsapparate | 1369 | 7207 | 1385 | 7306 | 427,5 |
| Elektriker, elektr. Maschinen zc. | 1173 | 11608 | 1187 | 11724 | 887,7 |
| Baugewerbe. | | | | | |
| Brennmaschinen | 36 | 77 | 47 | 92 | 95,9 |
| Gas- und Wasserinstallation | 91 | 508 | 110 | 587 | 493,6 |
| Künstlerische Berufe. | | | | | |
| Graveure und Bisteleure | 313 | 350 | 322 | 380 | 18,0 |
| Bergbau und Hüttenwesen. | | | | | |
| Hüttenbetrieb (Eisen- u. Stahln.) | 4283 | 5865 | 4327 | 5924 | 36,9 |
| Zusammen | 52246 | 120400 | 54868 | 126816 | 131,1 |

Die Tabelle zeigt neben der Zahl der im Hauptberuf erwerbstätigen weiblichen auch die Gesamtzahl der den Beruf ausübenden weiblichen Personen. Die Differenz zwischen beiden Zahlen zeigt die Zahl der Personen an, die den Beruf als Nebenerwerb ausüben. Im Jahre 1895 waren die meisten weiblichen Arbeitskräfte in der Gold- und Silberwarenindustrie einschließlich Blattmetallindustrie tätig, jedoch hat sich aber das Bild erheblich verschoben; die meisten weiblichen Arbeitskräfte sind heute bei der Verarbeitung unedler Metalle tätig. Neben diesen beiden Berufen finden wir die Zahl nach die meisten weiblichen Arbeitskräfte in den Berufsgruppen: Maschinen, Werkzeuge, Apparate, in der elektrischen Industrie, im Stüttenbetrieb, in der Nadelindustrie, in der Eisen- gießerei und Emaillierung, bei der Fertigung von Beleuchtungsgegenständen, von Schrauben, Nägeln, Ketten u. s. w., von Zeitmeßinstrumenten, Metallspielwaren und in der Blechwarenherstellung. Die wenigsten weiblichen Personen zählte man 1907 im Schiffbau, in der Kupfergießerei, bei den Graveuren, Feilenhauern, Zinnlegern, in der Schwarz- und Weißblechherstellung und bei der Fertigung von Schußwaffen.

Das mehr oder weniger starke Eindringen in die einzelnen Berufe wird durch die Prozentberechnung in obiger Tabelle deutlich charakterisiert. Die elektrische Industrie, die Fertigung von Lampen und Beleuchtungsapparaten und von Metallspielwaren haben relativ die größte Zunahme an weiblichen Arbeitskräften, eine Ausnahme hatten nur die Kupferarbeiten; am wenigsten fand die Frauarbeit Eingang bei den Graveuren und Schmiedern. Bei den Graveuren mag hierzu wohl die schwierige Erlernung des Berufs die Hauptsache sein; bei den Hufeisenherstellern entfällt die Zunahme in erster Linie auf kaufmännisches Personal und auf Angehörige, die im Betrieb des Haushaltvorstandes irgend welche Tätigkeiten ausüben. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der weiblichen Personen im Stüttenbetrieb, in dem die Beschäftigung weiblicher Personen teilweise gesetzlich verboten ist.

Aus verschiedenen Berufen, in denen die weiblichen Arbeitskräfte besonders stark dominierten, seien nachstehend noch die gelernten und ungelerten Arbeiterinnen festgestellt. Eine Aufstellung der weiblichen Unternehmer, des Aufsichtspersonals und der Arbeiterinnen aus allen Berufen, wie wir sie in Nr. 28 für die männlichen Personen vorgenommen haben, hielten wir für überflüssig, da die absolute Zahl dieser Personen in mehreren Berufen keine nennenswerte ist.

Einige Berufe mit weiblichen Arbeitskräften.

| Berufsgruppe | Gelernte Arbeiterinnen | | Ungel. Arbeiterinnen | |
|---|------------------------|-------|----------------------|-------|
| | 1895 | 1907 | 1895 | 1907 |
| Gold- und Silberarbeiter und Verarbeitung von Blattmetall | 6614 | 10205 | 54,3 | 2995 |
| Fertigung von Metallspielwaren | 105 | 1045 | 895,2 | 579 |
| Sonst. Verarbeit. unedler Metalle | 824 | 3074 | 273,0 | 5115 |
| Eisen gießerei und Emaillierung | 56 | 470 | 739,3 | 2000 |
| Blechwarenherstellung | 214 | 342 | 13,0 | 3912 |
| Fertigung von Stiften, Nägeln, Schrauben, Ketten | 66 | 338 | 503,5 | 1770 |
| Fertigung eiserner Kurzwaren | 129 | 286 | 121,7 | 745 |
| Nadl-, Stahlnadl-, Nadel-, Drahtg. | 466 | 1583 | 239,7 | 2424 |
| Fert. v. Masch., Instrum., Apparate | 214 | 667 | 211,6 | 2910 |
| Fertigung v. Zeitmeßinstrumenten | 763 | 2048 | 168,4 | 759 |
| Fertigung musikal. Instrumente | 339 | 877 | 158,7 | 681 |
| Fert. math., physikal., chem. u. chirurg. Instr. | 238 | 588 | 147,0 | 616 |
| Lampen und Beleuchtungsartikel | 6 | 271 | 4416,0 | 1316 |
| Elektr. Masch., Apparate, Anlagen zc. | 12 | 380 | 3066,6 | 1066 |
| Hüttenbetrieb (Eisen- u. Stahln.) | 18 | 67 | 272,2 | 4210 |
| | | | | 5537 |
| | | | | 31,5 |
| | | | | 53,5 |
| | | | | 2467 |
| | | | | 326,1 |
| | | | | 209,4 |
| | | | | 75,8 |
| | | | | 91,0 |
| | | | | 110,0 |
| | | | | 83,4 |
| | | | | 213,6 |
| | | | | 376,0 |
| | | | | 778,7 |
| | | | | 31,5 |

Wenn wir die Gesamtzahl der in der Metallindustrie beschäftigten weiblichen Personen mit der Zahl der organisierten Arbeiterinnen vergleichen, bekommen wir ein ziemlich trübes Bild. Bei den Arbeiterinnen wächst leider die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation nicht in gleichem Maße wie bei den männlichen Personen. Dieses Faktum ist in verschiedenen Ursachen begründet, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann.

Lassen wir das Aufsichtspersonal und die tätigen Angehörigen außer Betracht, so verbleiben 99 461 organisationsfähige Arbeiterinnen. Von diesen waren am Schlusse des Jahres 1908 in unserem Verband 15 167 organisiert, von denen allein 3564 auf Berlin, 4136 auf die Stahlgoldindustrie in Nürnberg, Fürth und Schwabach und 2923 auf die Gold- und Silberwarenindustrie in Gmund, Hanau, Pforsheim und Oberstein entfielen.

Außer diesen sind bemerkenswerte Ansätze zur Organisation noch in den Großstädten Dresden, Leipzig und München, in Brandenburg (Fahrradindustrie), in Lübeck (Eisenemaillierung), in Meissen (Metallwaren) und in Stundorf (Metallspielwaren) zu finden. Der geringe Rest verteilt sich auf alle übrigen Orte mit Vertretung. Wie viel Arbeiterinnen in den anderen Organisationen der Metallindustrie sind, läßt sich nicht genau feststellen. Auf mehr als einige Hunderte dürfte diese Zahl nicht zu berechnen sein.

Von den organisationsfähigen Arbeiterinnen sind also erst etwa 16 Prozent organisiert. Diese Zahl muß uns eine Mahnung sein, der Agitation bei den Arbeiterinnen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es bedarf gegenüber unseren Mitgliedern keiner Bemerkungen darüber, daß es ebenso unrichtig wie unmöglich ist, die Frauen in ihrer Berufstätigkeit zu beschränken. Wir müssen vielmehr versuchen, die Arbeiterinnen durch intensive Aufklärung, Erziehung zu Selbsterhaltung und Anerkennung als gleichwertige Personen von der Notwendigkeit der modernen Arbeiterbewegung zu überzeugen. Und weiter müssen wir den Grundsatz überall propagieren und zu verwirklichen suchen: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Tatsache, daß die amerikanischen Eisenindustrie sich von den Schwierigkeiten der Krise freierholt, während die Lage der deutschen Eisenindustrie noch immer sehr unerschütterlich ist, wird von mehreren Handelsblättern darauf zurückzuführen versucht, daß in den Vereinigten Staaten die Regulierung von Angebot und Nachfrage durch umfangreiche Produktionsbeschränkungen sachgemäß vorgenommen worden sei. Bei der Verschiebung der industriellen Verhältnisse selber Länder und dem Mangel genügender statistischer Unterlagen kann heute gar keine vergleichende Feststellung über die Höhe der Produktionsbeschränkungen in Amerika und Deutschland gemacht werden, so daß die Behauptungen über die erfolgreiche Krisenbewältigung nicht ohne weiteres als selbstverständlich anzunehmen sind. Aber selbst wenn man annimmt, daß die einschneidenden und radikalen Produktionsbeschränkungen in den Vereinigten Staaten die Krisenüberdauer verkürzt haben, so ist es doch eine große Frage, ob diese Maßnahmen die deutschen Kapitalisten zu Interessen behaupten, daß die Anwendung der amerikanischen Praktiken in Deutschland von der Industrie nur aus Rücksicht auf die Arbeitererschaft unterlassen wurde. Es gehört nämlich nicht viel kritisches Vermögen dazu, um zu erkennen, daß in den Vereinigten Staaten durch die völlige Verkrüftung der Eisenindustrie Betriebsstilllegungen technisch und wirtschaftlich leichter durchzuführen sind als in Deutschland, wo bei selbst starker Kartellierung derartige einschneidende Maßnahmen durch widersprechende Interessen oder auch nur widersprechende Anschauungen der einzelnen Unternehmungen weit schwerer möglich wären. Ob überlegen die Folgen der Krise für die Arbeitererschaft immer viel drückender sind, wenn für längere Zeit völlige Stilllegung einiger großer Betriebe erfolgt, oder wenn ein großer Teil der Arbeitererschaft durch Betriebsbeschränkungen lange Zeit arbeitslos wird, die Arbeitenden aber ferner durch zeitweilige Fehlerschießen und noch viel schlimmer durch Lohnkürzungen getroffen werden, wäre schließlich auch noch zu erörtern. Rückschlüsse auf die Arbeitererschaft war noch nie eine Eigenschaft des deutschen Industriekapitals. Gerade bei seiner Wirtschaftspolitik hat es die Interessen der Arbeitererschaft am allerwenigsten jemals berücksichtigt, und während der Krise alle Versuche, das Reich zu Maßnahmen, die das traurige Los der Arbeitslosen mildern sollten, hartnäckig und leider mit Erfolg verhindert.

Besonders schwer ist die Siegerländer Eisenindustrie von der Krise in Mitleidenschaft gezogen worden. Kürzlich wurde über Massenpetitionen der Arbeitererschaft des Siegerländer Reviers berichtet, in denen von der Regierung Ermäßigung der Kohlschraffen für das Siegerland und Einführung eines Eingangszollens auf ausländische Erze gefordert wird. Die Siegerländer Industriellen, die diese Forderungen inspirierten, verlangen von dem Staat das Geld zur Errichtung eines Stahlwerks, um die Lage der reinen Walzwerke im Siegerland zu festigen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung teilt mit, daß in einer geheimen Versammlung der reinen Walzwerke und der Hochofenwerke in Siegen diese Projekte diskutiert wurden. Sie bemerkt dazu, daß an die Herrgötter von Staatsgeltern zur Errichtung eines Stahlwerks gar nicht zu denken sei. Unfruchtbar ist der geforderte Eingangszoll auf Erze. Zutreffend erklärt das Rheinisch-Westfälische Organ, daß ein solcher Eingangszoll ein Schlag ins Gesicht der Bestrebungen auf Verbilligung der Selbstkosten sei. Deutschlands Erzreichthum reicht zur Versorgung seiner Hüften nicht im entferntesten aus, es ist auf das Ausland angewiesen und ein Eingangszoll wäre unter diesen Umständen reiner Selbstmord. Um so berechtigter ist das Verlangen auf Ermäßigung der Kohlschraffen und nach sonstigen Vortheilen und Frachterleichterungen für das Siegerland. Durch die komplizierte Lage sind die Siegerländer Industriellen in bezug auf die Frachtsverhältnisse im Vergleich zu den Werken an der Ruhr sehr im Nachteil. Die schmutzige Lage der Siegerländer Eisenindustrie erfordert hier einschneidende Abhilfe durch Schaffung eines gerechten Frachtausgleichs. In dem Jahresbericht des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Siegen für 1908 wurde darauf hingewiesen, daß die Förderleistung im Eisenbergbau, die im zweiten Semester 1908 bis 50 Prozent erhöht wurde, für die erste Hälfte 1909 allerdings auf 40 Prozent herabgesetzt werden konnte, trotzdem sei der Weiterbetrieb einer ganzen Anzahl Gruben gefährdet, wenn nicht bald eine dringende Besserung erfolgt. Die Kohlenherzeugung ging im verwichenen Jahre auf 459.660 Tonnen von 281.260 Tonnen — 37,96 Prozent zurück. Diese Verminderung wird nicht nur mit dem geringen Verbrauch des In- und Auslandes begründet, sondern auch auf die hohen Kohlschraffen, die das Dohlenhüttenwesen im Jahre 1908 diffidierte, zurückgeführt. Deshalb ging ein großer Teil der gewöhnlichen Werke im Ruhrrevier, die über eigene Kohlenwerke verfügen, dazu über, die Sorten Kohlen, die sie bisher aus dem Siegerland bezogen, selbst herzustellen. Ebenso unangenehm wird die Lage der Stahl-, Röhren- und Bolzwerke geschätzt. Den Walzgießereien ging nach dem Bericht die zur Führung des Konkurrenzkampfes im Ausland unzureichende Höhe des Bezugs billiger Kohlschraffen durch die Preispolitik der Syndikate verloren, und insbesondere ließ der Abzug nach dem Ausland noch mehr nach als nach dem Inland. Die Maschinenbauindustrie klagt über die Folgen einer sehr heftigen Konkurrenz, die Ausfuhr für 1908 wieder als noch recht trübe bezeichnet. In der Dampfzylinderfabrikation ist im Herbst eine fürwahr Preisverfallende eingetreten, die auch gegenwärtig noch als vorhanden angegeben wird. Auch von den Eisenkonstruktionswerkstätten im Siegerländer Revier wird über sehr heftige Konkurrenzklagen berichtet, die nicht dem Druck zunehmender Beschäftigung gegen Ende des Jahres anzusehen.

Die an Senatoren gerichtete Eingabe der Kohlschraffen, Erdbauer Verein und Spd - Mitteilungsblatt in Siegen, kommt aus der Eisenindustrie nicht heraus. In der Generalversammlung am 21. Juni wurde mitgeteilt, daß die von 6 Senatoren beschlossene Einsetzung von Regimentsräten in Folge eines Gesetzes nicht eingetreten worden ist. Wegen mangelhafter Ablieferung von Schiffen, deren Beschaffung zu verlässbringenden Preisen übernommen worden sei, sei die Gesellschaft jetzt zu 100.000 A Schadenersatz verurteilt worden. Nach langer Debatte wurde der Abschluß für 1908, der einen Betrag von 125.000 A umfasst, genehmigt und der Verwaltung empfohlen. Bei der Beratung über die neuen Eisenwerksverträge und Zusammenlegung der Eisenwerke nach Bergschaffhausen ist die Verwaltung, daß nach Durchführung der neuen Eisenwerksverträge noch eine 200.000 A an Betriebsmitteln nötig seien, zu deren Beschaffung bestimmte Rücklagen noch nicht gemacht werden können. Die Vertreter des Kaiser-Bauvereins, der Eisenwerk-Wirtschaftsverband und der Vertreter der Stadt Siegen künden gegen die Eisenwerksverträge, da die Ausführung der erforderlichen Arbeiten und damit die Zukunft der Gesellschaft noch nicht gesichert sei. Schließlich wurde auch der Antrag auf

Liquidation der Gesellschaft abgelehnt, da die für die Annahme notwendige Dreiviertelmehrheit nicht vorhanden war. Die Beschlussfassung über die Liquidation wurde aufgeschoben, bis der nächste Aufsichtsrat ernannt, sein Amt niedertreten zu müssen. Das Syndikat der Aluminiumfabriken, das im Herbst 1908 zur Auflösung kam, wird wieder zu errichten versucht. Die französischen Aluminiumfabriken haben dahingehende Verhandlungen eingeleitet; vorerst beschloffen sie, Verträge für das Jahr 1910 noch nicht vorzunehmen und auch mit Rücksicht für 1909 zu den gegenwärtig verfallenden Verträgen möglichst zurückzuführen. Der Preis für Aluminium, der 1907 8,25 auf 4 A pro Tonne betrug, sank nach Auflösung des Syndikats 1909 auf 1,50 bis 2 A pro Tonne. Von großer Bedeutung für die Aluminiumindustrie dürfte eine neue Verwendung des Aluminiums als Leitungsmaterial werden. In einer Sitzung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die sich mit der Verwertung von Aluminium befaßt, wird ausgeführt, daß der verhältnismäßig hohe Preis des Aluminiums seine Verwendung für elektrische Zwecke bisher nur bei stark anziehendem Kupfermarkt zugelassen habe. Nach dem bekannten Preisrückgang des Aluminiums liege aber die Erwägung nahe, ob und in welchen Fällen der Einsatz des Kupfers durch Aluminium für elektrische Zwecke von Vorteil sein werde. Eine Aluminiumleitung von bestimmter Länge habe denselben Widerstand wie eine Kupferleitung von gleicher Länge, wenn ihr Querschnitt entsprechend erhöht werde. Trotz dieses größeren Querschnitts sei die Aluminiumleitung bei gleicher Länge leichter als die elektrische Leitung aus Hartkupfer, weil das spezifische Gewicht des weichen Metalls weniger als 1/3 von dem des Kupfers beträgt. Bei gleichen Drahtpreisen würde man mit dem leichteren Metall eine Ersparnis von über 48 Prozent erzielen. Die Zugfestigkeit des Aluminiums liege zwar erheblich unter der des Kupfers; aber diese geringe Zugfestigkeit werde teilweise dadurch ausgeglichen, daß die Aluminiumleitung knapp 1/3 soviel wiege wie die Kupferleitung. Es dürfe als bewiesen angesehen werden, daß weder Preis noch Leitungswiderstand und geringere Zugfestigkeit der Verwendung des Aluminiums zu Freileitungen im Wege stehen. Gegenüber atmosphärischen Einflüssen sei Aluminium unter normalen Verhältnissen durchaus widerstandsfähig, Freileitungen seien in Amerika seit vielen Jahren in Betrieb, ohne Zerstörungen oder nennenswerte Anstrengungen zu zeigen. Aluminium sei dagegen gegen Alkali- und Schwefelverbindungen empfindlich, so daß es in der Nähe gewisser chemischer Fabriken nicht zur Verwendung kommen dürfe. Nach der Meldung eines Berliner Blattes soll die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in ihrem Establishement Oberpreise denn auch die Fabrikation von Leitungen aus Aluminium statt Kupfer aufgenommen haben.

Die christlichen Gewerkschaften 1908.

Es. Die jüngste Nummer des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften bringt den Bericht des Generalsekretärs Stegerwald über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908. Der Bericht beginnt mit einer Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im abgelaufenen Jahre, die gekennzeichnet waren durch eine allgemeine und andauernde Geschäftskrise. Nachdem Einiges über die Gründe des wirtschaftlichen Niederganges gesagt worden ist, heißt es: „Daß solche die Arbeitslosigkeit bedeutend vermindernde Vorgänge auf Bestand und Entwicklung von Arbeiterorganisationen nicht ohne Einfluß bleiben, ist naheliegend. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden in solcher Lage in ihrer Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beschränkt; Arbeitslosigkeit, Feiertagsarbeiten, teilweise Lohnabzüge, schlechtere Behandlung sorgen dann mit dafür, daß in weiten Arbeitsteilen Verzweiflung und Mismut sich festsetzen. . . . Infolge der wenig günstigen Verhältnisse ist denn auch das Vertriebsjahr auf wirtschaftlichen Gebieten nicht so ereignisreich wie seine Vorgänger“ — womit zugegeben ist, daß die christlichen Gewerkschaften trotz ihrer vielgerühmten „Vorzüge“ auf „ideellem“ Gebiet genau so viel oder vielleicht noch mehr den wirtschaftlichen Einflüssen unterliegen, wie andere Organisationen, die sich nicht auf das Christentum, auf „religiös-ethische“ Grundlagen und sonstige erhabene Dinge berufen können.

Die christlichen Gewerkschaften haben sogar einen recht beträchtlichen Rückgang erlitten. Die Mitgliederzahl, die Ende 1907 in den dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen 284.649 betrug, hatte sich Ende 1908 auf 260.767, also um 23.882 verringert. Um diese unangenehme Tatsache zu demanteln, wird gesagt, daß die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt nur um 904 zurückgegangen sei. Es können jedoch nur die Schlusszahlen des Jahres als Gradmesser des Fortschritts oder Rückganges dienen. Nehmen doch die Christen bei den freien Gewerkschaften auch die Schlusszahlen zum Maßstab. Die beträchtliche Differenz zwischen der Mitgliederzahl vom Jahresdurchschnitt und vom Jahresende wird dem Umstand zugeschrieben, daß im zweiten Halbjahr 1908 besonders der Verband der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter größere Mitgliederverluste zu verzeichnen habe, was neben der Wirtschaftskrise darauf zurückgeführt wird, daß der Winter sehr früh einsetzte und dadurch den Bauarbeitern früher als sonst die Arbeitslosigkeit fehlte.

Es ist von dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen hatten (im Jahresdurchschnitt) einer Zuwachs von 6127 (worauf allerdings die neu eingetretene Heimarbeitervereinigung in Bayern mit 1167 Mitgliedern einzutreffen ist), und zehn Organisationen einen Verlust von 15.931 Mitgliedern. Einen Mitgliederzuwachs hatten: Bergarbeiter 2074, Heimarbeitervereinigung 849, Telegraphenarbeiter 876, Bergarbeiter 550, Krankenpfleger 290, Nahrungsmittelearbeiter 219, Gärtner 65, Gartenorgans 61, Schneider 27, Maler 9. Einen Mitgliederabgang hatten die Bauhandwerker von 4833, Stramarbeiter 3469, Textilarbeiter 3203, Metallarbeiter 1663 (Ende des Jahres war die Mitgliederzahl um 4156 geringer als am Anfang), Tabakarbeiter 998, bayerische Salinarbeiter 883, Eisenbahn-Beamten- und Lehrerbund 364, Lederarbeiter 300, Holzarbeiter 196, graphisches Gewerbe 12. Der geringe Zuwachs des Bergarbeiterverbandes wird darauf zurückgeführt, daß im Saarrevier, wo der Verband einen Sonderbeitrag von 50 A pro Monat hatte, der allgemeine Beitrag von 40 A pro Woche eingeführt wurde; dadurch sei eine Anzahl von Mitgliedern verloren gegangen, die dann aber anderwärts wieder ersetzt worden sei.

Selbstverständlich rechnen sich die christlichen Gewerkschaften noch eine Anzahl von Organisationen zu, die nicht aus den Angehörigen und Arbeitern der Post und Eisenbahn bestehen. Es sind das der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker (37433 Mitglieder), Bayerische Eisenbahner (11133), Württembergische Eisenbahner (7346), Österreichische Eisenbahner (10448), Württembergisches Postpersonal (2400), Verein zur gegenseitigen Hilfe (11675). Mit welchem Rechte die christlichen Gewerkschaften diese Organisationen als die ihrigen betrachten, ist nicht recht ersichtlich; sie weigern sich beharrlich, dem Gesamtverband beizutreten, sie haben — bis auf eine — nicht einmal den Generalsekretär für seinen Jahresbericht die gewünschte Auskunft über ihren Mitglieder- und Finanzstand gegeben,

weshalb der Bericht sich mit den vorjährigen Zahlen begnügen muß. Außerdem können diese Organisationen schon wegen ihrer Unfähigkeit und ihrer Finanzlage — die Gesamtsummen betragen bei 40.137 Mitgliedern nur 204.933 A! — als Gewerkschaften gar nicht in Betracht. Über ihre Mitgliederzahl läßt sich gar nicht sagen, zum der nicht gerade imponierenden christlichen Bewegung nach außen hin einigermassen aufzuweisen, indem laut verhandelt wird: „In den christlichen Berufsorganisationen waren Ende 1908 (sowohl 1907 und 1908) Arbeiter und Staatsangehörige zusammengeschlossen.“ Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen im Berichtsjahr 430.174 A (im Vorjahre 431.405), die Ausgaben 355.624 (319.978) A. Der Kassenbestand beläuft sich auf 413.409 (348.736) A. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 37.287 A Aufnahmegeldern, 4006.238 Beiträgen, 68.344 Exzessbeiträgen, 271.819 sonstige Einnahmen. Die Ausgaben: Verbandsorgan 405.407, Agitation 362.452, Streik- und Bemerkungenunterstützung 424.992, Reise- und Arbeitslofenunterstützung 134.453, Krankengeld 514.284, Sterbegeld 170.639, Rechtschutz 128.091, sonstige Unterhaltungen 28.926, Gehalte 102.917, Verwaltungsausgaben 155.515, Bibliotheken und sonstige Bildungsausgaben 87.400, Beitrag an den Gesamtverband 45.174, Anteil an den Lokalkassen 795.441, sonstige Ausgaben 240.104 A. Der Beitrag der christlichen Gewerkschaften beträgt in der Regel 40 oder 50 A wöchentlich, den höchsten Beitrag erhebt der Gutsbergbund mit wöchentlich 90 A, den geringsten der dem Gesamtverband neu beigetretene Steinmetzenverband in Bayern mit 25 A wöchentlich.

Bezüglich der Streiks und Lohnbewegungen konstatiert der Bericht, daß deren Zahl gegenüber den Vorjahren bedeutend zurückgegangen sei. Die christlichen Gewerkschaften führten allein 299, mit anderen Organisationen 384 Streiks und Lohnbewegungen durch, in 359 dieser Fälle war die Mehrzahl der Beteiligten christlich organisiert. In einem richtigen Bericht der christlichen Gewerkschaften fehlt es natürlich nicht an einem Hinweis auf die richtunggebende Bedeutung dieser Organisationen für die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere auch für die Sozialdemokratie. Wenn man Herrn Stegerwald glauben darf, dann geschieht auf unserer Seite nichts, ohne daß wir uns ängstlich fragen: Was sagen denn die allmächtigen Herren von den christlichen Gewerkschaften dazu? Unsere Haltung in der Reichstagsfrage, die Budgetbewilligung der bayerischen Genossen — alles nur aus Rücksicht auf die christliche Arbeiterbewegung. . . . „Es stand auf Spitz und Knopf, daß als Folge des Einflusses und der Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung die stärkste, bestorganisierte und seit 33 Jahren geschlossene sozialdemokratische Partei Deutschlands geprengt worden wäre!“ — so läßt sich mit Bezug auf die Budgetbewilligungsdebatte, die angeblich dem Wirken der christlichen Arbeiterbewegung zu schulden ist, Herr Stegerwald vernehmen, dem der anstrengende Beruf, seine Organisationen in den Himmel zu erheben, offenbar den Sinn vermisst hat.

Zum Schluß des Berichtes hören wir wieder einmal eine neue Begründung für die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Danach ist diese Sonderbewegung entstanden, „weil die Sozialdemokratie die materialistische Weltanschauung als Operationsbasis für die Emanzipationsbestrebungen der Lohnarbeiterklasse benutzte.“ Wie erhaben, wie gelehrt, wie wissenschaftlich, wie religiös-ethisch das klingt und wie windig und inhaltslos dieses christliche Klauenwerk bei näherem Zusehen ist. Wenn wir die Arbeiter organisieren, wenn wir ihnen Klassenbewußtsein beibringen, wenn wir sie zur Besserung ihrer Lebenslage anhalten, wenn wir sie geistig und sittlich auf eine höhere Stufe heben, dann ist das schändlich materialistische. Wenn die Christen das jenseitige tun, nur mit viel weniger Energie und noch viel weniger Erfolg, dann ist das erhabener Idealismus, dann geschieht das im Namen aller heiligsten Güter! Wie kurzschichtig von den deutschen Arbeitern, daß eher sechs auf die „materialistische Operationsbasis“ unserer Weltanschauung gegeben, als sich einer auf die „idealistische“ der Christen begibt.

Heimarbeitersausstellung in der Schweiz.

Vom 15. Juli bis 15. August ds. Js. findet in Zürich in einem großen städtischen Schulhause die erste schweizerische Heimarbeitersausstellung statt, die vom Schweizerischen Arbeiterbund veranstaltet wird. Dieser Organisation gehören der Gewerkschaftsbund, der Grüttverein, die konfessionellen Arbeitervereinigungen und Krankenvereine aller Art an und in ihrem Dienste steht das bekannte schweizerische Arbeitersekretariat mit dem Sitz in Zürich, das auch die Leitung und das ganze Arrangement der Ausstellung unter Mitwirkung des Organisationskomitees besorgt.

Die Ausstellung ist sehr zu begrüßen, denn die Heimarbeit in der Schweiz hat eine verhältnismäßig so große Ausdehnung und Bedeutung, daß sie damit an der Spitze aller Industriearten stehen dürfte. Diese Tatsache gereicht aber der Schweiz nicht etwa zum Ruhme, sondern man kann sie nur mit Bedauern konstatieren, weil auch hier mit ihr alle die bekannten vielen und schweren Nachteile für die Arbeitererschaft verbunden sind.

Weiter stellt eine eingehende und allseitige literarisch-wissenschaftliche Darstellung der schweizerischen Heimarbeit. Die einzige beachtenswerte Arbeit hat der verstorbene Fabrikinspektor Dr. Schuler kurz vor seinem Tode veröffentlicht, die manche interessante Einblicke in die Verhältnisse der Heimarbeiter gestattet, aber, wie der Verfasser selbst zugibt, keineswegs erschöpfend ist. Spezielle Erhebungen sind von anderer Seite vorgenommen worden zur Erforschung der hausindustriellen Arbeiterarbeit und als deren Ergebnisse wurde eine äußerst bebenliche Kinderansammlung aller Art, namentlich aber in der Stickereiindustrie, festgestellt. Die Arbeiterpresse, besonders die gewerkschaftliche, hat im Laufe der Zeit manche Schilderungen der Heimarbeitverhältnisse veröffentlicht und dadurch ebenfalls zur Erweiterung der Kenntnis derselben beigetragen. Allein die umfassende und methodische Erforschung und Darstellung der Heimarbeit des ganzen Landes fehlt noch.

Diese empfindliche Lücke in der sozialen Literatur der Schweiz wird auch von anderen Kreisen stark empfunden und so ersuchte die schweizerische Vereinigung für internationalen gesetzlichen Arbeiter-schutz den Bundesrat in Bern um die Veranstaltung einer allgemeinen offiziellen Heimarbeitersausstellung, die er jedoch abschante. Dagegen erklärte sich der Bundesrat bereit, gesetzliche Bestimmungen zum Schutze der Heimarbeiter aufzustellen und eine Expertise vorzunehmen. Wie er sich diesen Ehre vorstellt, ist nicht bekannt; indes scheint er gleichzeitig den von der genannten Vereinigung verlangten Registrierungsabgab, weil er „als lästige Belastung oder gar Steuermaßregel empfunden werden würde“. Und doch erscheint der Registrierungsabgab als die erste und fundamentale Maßnahme jedes gesetzlichen Heimarbeiterschutzes.

Ein beachtenswerter Anfang der Heimarbeiterschutzgesetzgebung besteht in der Schweiz in den kantonalen Arbeiterinnen-schutzgesetzen und im eidgenössischen Sanitätsarbeitszeitgesetz, die das Minimum an Arbeit nach Feierabend in Fabriken und Werkstätten vorsehen. Eine statistische Uebersicht über die Heimarbeit in der Schweiz gewährt die eidgenössische Betriebsstatistik von 1905, die aber schon

insoweit nicht erscheidend ist, als die mit Heimarbeit beschäftigten Kinder bis zum 14. Altersjahre nicht miteingebildet werden und ihre Zahl wohl dreitausende beträgt. So wurden 22133 Personen als Heimarbeiter gezählt, während Dr. Schuler in seiner Schrift deren 130000 anführt und man gewiß 150000 annehmen darf. Die Zahl der Heimarbeitbetriebe beläuft sich auf 70874. Auf die verschiedenen Industriegruppen verteilt sich die Gesamtzahl so:

| Gruppen | Werkstätten | Arbeiter |
|----------------------------|-------------|----------|
| Textilindustrie | 51780 | 69123 |
| Metallindustrie | 9603 | 12500 |
| Kleidung und Schuh | 8400 | 9221 |
| Künste | 658 | 651 |
| Nahrungs- und Genussmittel | 857 | 880 |
| Wohnungseinrichtungen | 171 | 185 |
| Zusammen | 70874 | 92185 |

Den größten Anteil an der Hausindustrie haben demnach die Textil- und Metallindustrie, ferner die Konfektionsindustrie, während die drei anderen Gruppen nur in bescheidenem Maße daran beteiligt sind.

Bei der Metallindustrie handelt es sich in der Hauptsache um die Uhrenindustrie, in der 12071, Musik-, Dosenindustrie, in der 469, und Bijouterieindustrie, in der 26 Personen gezählt wurden. Die Uhrenindustrie ist hauptsächlich in den Kantonen Bern, Neuenburg und Waadt, die Musiklostinstrumente mit 99,4 Prozent im Kanton Waadt, die Bijouterieindustrie in den Kantonen Genéve, Schaffhausen, Waadt, Zürich, Zug, Bern und Neuenburg vertreten.

In der Schuler'schen Arbeit wird über die Uhrenindustrie gesagt, daß die Zahl ihrer Heimarbeiter mitunter das Doppelte der in Fabriken Beschäftigten beträgt. Einzelne Zweige der Industrie oder gewisse Partien eines Bestandteiles fallen vorzugsweise der Heimarbeit zu. Die große Mehrzahl der Heimarbeiter sind Frauen, nicht nur, weil sich die feinere weibliche Hand für diese Verrichtungen besser eignet, sondern auch, weil die weibliche Arbeitskraft wegen der geringeren Lohnansprüche gesucht ist. Häufig arbeiten ganze Familien zusammen, die Kinder unbegreiflich, unter dem Familienoberhaupt als Arbeitskräfte, oder der Mann arbeitet in der Fabrik, Frau und Kinder zu Hause auf der gleichen Partie. Unter den weiblichen Heimarbeitern finden sich in allgemeiner mehr Verhetzung als Ledige und nicht selten nehmen sie Beschäftigte oder auch fremde Arbeiterinnen in ihren Dienst. Die Arbeit nehmen sie meist von Firmen in den Industriezentren und es scheint, als fälle ihnen mehr und mehr die geringwertige zu, da man die Arbeit hier nicht so genau „bistrieren“ kann, wie in den Fabriken. Der Verkehr widert sich zum Teil direkt mit dem Unternehmer selbst ab, häufiger jedoch tritt der „Viseur“ oder „Terminneur“ als Mittelsperson ein, die gewöhnlich mit ihrem Gehalt angestellt sind. In der Regel wird für einen Unternehmer gearbeitet, der in einzelnen Branchen Maschinen und Werkzeuge zur Benutzung abgibt, meist aber gehören diese dem Arbeiter. Immer stellt das Arbeitsmaterial und die Futurnahme der Unternehmer und der Arbeiter wird dafür mit 3 bis 5 Prozent seines Verdienstes belastet. Allgemein gilt der Stüchtlöhne. Zum Teil sollen Stüchtlöhntarife gelten, zum anderen Teil fehlen solche und der Lohn wird vom Fabrikanten oder seinem Vertreter nach dem billigsten Angebot festgesetzt, in welcher Praxis der größte Schaden der Heimarbeit für die Arbeiter zur Wirkung gelangt. Der Verdienst der Heimarbeiter schwankt sehr stark je nach der Gegend, nach dem Unternehmer oder seinem Vertreter und natürlich auch nach der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Als mittlere Löhne für Frauen, die in der Fabrik arbeiten, gelten im Jahre 1902 für die verschiedenen Zellarbeiten: Politur 2 bis 3 1/2 Fr., Seriffage 3 bis 4 Fr., Schalenfinishage 2 bis 3 1/2 Fr., Filzschneid 2 bis 3 Fr., Schraubenpalten und Vergolden 1 bis 2 1/2 Fr., Dybbage 2 bis 3 1/2 Fr. Dabei ist die Arbeitszeit durchschnittlich zehnstündig. Um ebensolche zu verdienen, müssen die Heimarbeiter mindestens zwölf Stunden arbeiten, denn man kann annehmen, die Heimarbeit sei 25 bis 30 Prozent schlechter bezahlt als die Fabrikarbeit. Ein sehr gewöhnlicher Bericht meldet folgende Löhne: Arbeiter 5,55, Arbeiterinnen 2,85, junge Leute 3,25 Fr. in industriellen Zentren, wo man die ganzen Uhren macht; dagegen in Dörfern bei Arbeit auf einzelnen Bestandteilen 3,75, 2,65 und 1,70 Fr. Saisonarbeit im eigentlichen Sinne des Wortes ist nicht bekannt, dagegen machen sich die Krisen, die die Uhrenindustrie oft heimsuchen und deren eine namentlich gegenwärtig in schärfster Form besteht, für die Heimarbeiter ganz besonders fühlbar. Schätzungsweise beziffert ein Bericht aus dem Kanton Neuenburg die Verdienstsenkung durch Arbeitslosigkeit während 10 Jahren auf 10 Prozent. Andere industrielle Beschäftigung neben der Uhrmacherei ist nicht üblich und die Zahl der Arbeiter, die nebenbei noch etwas Landwirtschaft betreiben, wird immer kleiner, da sich die schwere landwirtschaftliche Arbeit mit der feinen Arbeit des Uhrmachers nicht verträgt. Die Arbeitsräume lassen oft viel zu wünschen übrig. Die tägliche Arbeitszeit dauert 11, 12 und mehr Stunden gegen 10 und 9 Stunden in den Fabriken. Unter den Ueberanstrengungen und den übrigen Schäden der Heimarbeit leiden besonders die Frauen und Kinder. Es ist daher mit Freude zu beobachten, wie die Fortschritte der Technik und die Ausbreitung des mechanischen Betriebes die Heimarbeit zurückdrängen.

In der Fabrikation von Spielbällen, deren Hauptort in St. Croix im Kanton Waadt ist, waren 1901 nach der Fabrikstatistik 539 Arbeiter in Fabriken und 746 zu Hause beschäftigt, so daß die Zahl der Heimarbeiter größer war als die der Fabrikarbeiter. Nach einer später gemachten anderen Angabe sollten zusammen 2500 Personen in dieser Industrie beschäftigt sein. Die Arbeitszeit der Heimarbeiter wird mit 11 bis 12 Stunden angegeben. Der Lohn wird nach Tarifen bezahlt. Der Verdienst der Männer schwankt zwischen 3,80 und 4,50 Fr., der der Frauen zwischen 1,80 bis 2,50 Fr. und für junge Leute von 1,50 bis 2,50 Fr. Arbeitslose Zeiten seien leider immer häufiger und zwingen die Leute, anderen Verdienst zu suchen, so zum Teil auch in der Landwirtschaft.

Auf der Heimarbeitersausstellung in Zürich wird die Uhren- und Musiklostinstrumente durch circa 100 Gegenstände vertreten sein. Die Gesamtzahl der Ausstellungsgegenstände soll über 2000 betragen.

Zur Finanzierung der Züricher Heimarbeitersausstellung haben der Bund, verschiedene Kantone und die Stadt Zürich zusammen 21000 Fr. beigetragen. Die darüber hinausgehenden Ausstellungslofen sollen durch die Eintrittsgebühren, die an Vormittagen 50 Cts. und an Nachmittagen sowie Sonntagen 20 Cts. betragen, ferner durch die Ausstellungslotterie mit Losen à 20 Cts. gedeckt werden.

Auf den 7. und 8. August ist ein Heimarbeiterskongress in Aussicht genommen, auf dem aus der Ausstellung Lehren gezogen und in die Form von Beschlüssen gebracht werden sollen.

Ueber die Ausstellung und über den Kongress werden wir feinerzeit berichten. Heute schon aber möchten wir allen Genossen und Genossinnen, die um diese Zeit in die Schweiz kommen, empfehlen, der Heimarbeitersausstellung in Zürich einen Besuch abzustatten.

Der Syndikalismus in Amerika.

Von Chagrin.

II.

Die Industriearbeiter erhalten den besten Teil ihrer propagandistischen Waffen vom alten Unionismus gratis geliefert. Im unionistischen Irrglauben wählt ein vornehmer Holz- für politische Weile. Die Korruption, Schwanzpolitik und die Korruption der Unionbeamten geben genügend Stoff für Reden, denen der Applaus im voraus gesichert ist. Nur schade, daß mit diesen allein eine Konturrenzorganisation noch nicht geschaffen werden kann. Uebrigens wäre ein Teil der gegen den alten Unionismus gerichteten Kritik auch für die Industriearbeiterorganisation nicht ganz beflagelt. Denn auch in dieser ist der Streik um Nichtigkeiten, verbunden mit einer ersticklichen Konfusion, die hier durch den „revolutionären“ Hauenschlag erzeugt wird, mindestens ebenso groß wie in der American Federation of Labor. In der Vergewöhnung von Zeit und Kraft für Dinge, die mit den proletarischen Interessen nichts zu tun haben, haben sich beide nicht vorzuwerfen. Der Unterschied ist vielleicht nur, daß das bei der American Federation of Labor in geduldeten Bahnen vor sich geht, während bei der anderen in wilden.

Auf dem letzten Kongress der Industriearbeiter waren 28 Delegierte erschienen; sechs von diesen mit befristeten Mandaten. Die Diskussion hierüber verschlang nahezu volle Tage. Um den Wert und die Leidenschaft dieser Debatten verstehen zu können, muß man schon ein geschworener Feind der „reformistischen“ Gewerkschaftsbewegung sein. De Leon, das Haupt der sozialistischen Arbeiterpartei* und ein Gründer der Industriearbeiterorganisation, kam mit einem befristeten Mandat und wurde nach schwerer Debatte ausgeschlossen. Damit hat die Organisation eine Last abgeworfen, ohne dadurch leichteren Fußes geworden zu sein. Denn entweder die Glieder gehen mit ihrem Haupt, so wird es ein Ueberlast sein, oder sie gehen nicht und beginnen die alte Fehde mit stärkerem Eifer.

Wie stark die Organisation eigentlich ist, wieviel Mitglieder jene Delegierten repräsentieren, können nur Propheten sagen. Zwischen den Zeilen des Kongressprotokolls leuchtet es durch, daß manche Delegierte kaum mehr als sich selbst vertreten; andere repräsentieren Gruppen, die überhaupt keine Beiträge gezahlt hatten, andere konnten die seit Monaten aufgelaufene Schuld ihrer Gruppen aus ihrem Privatfiskus decken. Entweder waren die Delegierten reiche Leute oder aber die Mitgliedschaft ihrer Gruppen war eine Zwei- oder Dreifachheit.

Im Allgemeinen steigt der Eifer, den Stand einer Organisation zu verheimlichen, in demselben Maße, wie ihre Schwäche. Würde diese Norm auf die Industriearbeiter angewandt, so ergäbe sich ein tröstliches Resultat. Ihre Zahlenberichte waren zwar von jeder von einer verblüffenden Einstimmigkeit. Aber dieses Mal wird der Rekord geschlagen. Nur Umfandsweise sind zu finden. Die Kontrollreue fanden (September 1908) in der Zentralkasse einen Barbestand von 202.75 Dollars — 851 M. Zentralbeamte beziehen keinen Gehalt, Delegierte reisen auf eigene Kosten oder decken das, was die Wägel zum Kongressort erheischt, durch Verkauf von Schriften. Das offizielle Organ, das Industrial Bulletin, erscheint wöchentlich. In der letzten Zeit hat es sein Erscheinen wegen Mangel an Mitteln zeitweise einstellen müssen.

Nach dem Bericht des Generalsekretärs hatte die Organisation am Schlusse des vorjährigen (1907) Kongresses 31000 Mitglieder, das heißt „man a n a h m a n“, diese wären als zahlende Mitglieder in den Listen“. Dann aber wurde man gewahr, daß im Monatsdurchschnitt nur 10000 Mitglieder Beiträge zahlten, was erklärt wurde durch „flüchtige bewegte Streiks“. Freiwillige Beiträge sollten die Kasse füllen. Die allgemeine Tendenz war, die Organisation könne von Versprechungen leben. Dadurch wurde ein Schlenker (so - easy system) zwischen Mitgliedern und Hauptquartier geschaffen. Und wenn die freiwilligen Beiträge gesammelt werden sollten, waren gerade die, die am lautesten dafür geschrien hatten, die ersten, die sich jedem Versuch widersetzen. Mahnung auf Mahnung wurde an die Gruppen gesandt, ihre Schulden zu zahlen. Unionist. Eine Extrasteuer wurde ausgeschrieben, konnte aber kaum eingetrieben werden. Die Bruderrechnungen nahmen riesige Dimensionen an. Keine Hilfe war in Aussicht. Nur das einzige Propagandamittel, das offizielle Organ, konnte mit vieler Mühe hochgehalten werden. — Diese Zeilen genügen zur Charakterisierung des Standes der Organisation. Als Mitgliederzahl kann man 5000 oder 1000 oder 500 mit gleicher Berechtigung und Ungewißheit nennen. Jedenfalls ist der Stand der Industriearbeiterorganisation, dank der Krise und dank der überaus geringen Werbestraft des revolutionären Syndikalismus, prekärer als es der professionelle Pessimist dazumal kann.

Der beste Teil der Zeit, der dem Kongress die Debatte über die befristeten Mandate ließ, mußte der politischen Frage gewidmet werden. Streng genommen hätte diese Sache mit der Gewerkschaft an sich wenig zu tun. In einer geordneten Organisation kann sie auch nicht einen solchen Umfang und auch nicht eine solche Resultatlosigkeit annehmen. Genosse Plechanow sagte, die Anarchisten erreichten gerade immer das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigten. Das gilt auch hier. Obwohl die Syndikalisten sich für Ausschließung der Politik mit aller Stimmenmacht einlegten, beherrschte die Politik mit ihrem Drum und Dran konstant ihre Debatten. In Frankreich wird es kaum eine Gruppe organisierter Arbeiter geben, die sich im Antichambrieren so austennen, wie die „Revolutionäre“. In Amerika brauchen nur einige Syndikalisten sich niederzulassen und die Politik beherrscht und benehlt ihre Köpfe. Nennt den kleinen (antipolitischen) Galen aus dem Wortort des Statius und ihr müßt euch vereintigen auf dem politischen Terrain“, reichten die einen, und „seht mir, wo aus der politischen Aktion ein Vorteil entstanden ist, wo die Arbeiter von ihr profitieren können“, argumentierten die anderen. Dies mag anderswo als ein müßiges Wortgeplänkel klingen. Aber in Amerika wird es mit aller Verbe ausgefochten.

Hier ist die politische Organisation der Klassenbewußten Arbeiter noch schwach. Der alte Unionismus ist durch seine politischen Inkongruenzen in einer Sackgasse angelangt und sein ganzes Leben hängt sozusagen an einem politischen Faden. Jeder Arbeiter, der über die Wände des Zunfthauses hinwegsehen gelernt hat, will wissen, wie die Gewerkschaft, der er sich anschließt oder angegeschlossen hat, es mit der Politik hält. Nicht, daß sie als solche auch in die politische Arena steige. Wohl aber, daß sie der politischen Organisation der Klassenbewußten Arbeiterkraft mit der w o l l e n d e r Neutralität gegenüberstehe, wenn nicht indirekt überbe. Ist das nicht der Fall, so hält sich der denkende Arbeiter fern oder er sucht Stimmung zu machen für das, was er für notwendig hält. Daher kommt entweder die Zurückhaltung oder der heiße Streit.

Dem Kongress lagen diverse Anträge vor, die erkennen lassen, daß die politische Betätigung der Arbeiter verbannt ist. Dafür nur ein Beispiel: „Keinem Funktionär der Industriearbeiter ist es

* Die sozialistische Arbeiterpartei, gewöhnlich „Delcomratie“ genannt, stellt den linken Flügel der amerikanischen Sozialdemokratie dar. Sie sammelte bei den letzten Wahlen 15000 Stimmen.

laubt, irgend eine Stellung in einer politischen Organisation anzunehmen, noch eine Nominierung für ein politisches Amt, wenn es ihm nicht durch ein Verbot ausbleibt.“ Ein Delegierter, der über schreien will verweigert, wolle diesen Antrag auf alle Mitglieder ausgedehnt wissen. Dies schien aber doch zu weitgehend.

Der Debatte lag das Vorwort des Statius (Prinzipienklärung) oder richtiger (sogender) Passus zugrunde: „Wirden der Arbeiterklasse und der Unternehmungsklasse muß so lange ein Kampf bestehen, bis alle Arbeiter sich ebenso wohl auf dem politischen wie auf dem industriellen Gebiete vereinigen“. Gegen diesen (unterirdischen) Passus richteten sich die „revolutionären“ Redegewaltigen. Das Zielobjekt wurde im der nämlichen radikalsten Weise befragt, wie der Theaterbesucher die schlechte Luft in seinem Bau befragt. Dieser sagte betonnenhaft zu seinem Kritiker: „Ueberall beschwert man sich über die Demifikation, lassen Sie das Ding ganz weg, damit ich Ruhe habe“. Der für „revolutionäre“ Ohren anständige Passus wurde einfach aus der Prinzipienklärung entfernt und an Stelle ihrer früheren, positiven Klage steht jetzt mehr sentimentalistische Zeitpurigkeit.

Am Einschärfen, daß von der richtigen Stellungnahme zur proletarischen Politik die Existenz der Organisation abhängt, hat es nicht gefehlt. Auch nicht an Warnungen. Auch wurde gesagt, daß die Mitglieder die Frage im Sinne einer ungewissen und ehrlichen Erklärung der Freundschaft zur politischen Organisation der Arbeiterklasse gelöst wissen wollten. Über erfolglos. Der Delegierte von Detroit kennzeichnete den Stand der Dinge trefflich: „Die Kongressdelegierten der American Federation of Labor führen die Wünsche der Mitglieder nicht aus, weil sie, wie es scheint, nicht wissen, was sie wünschen; und die Delegierten der Industriearbeiter führen sie nicht aus, weil sie besser als die Mitgliedschaft selbst wissen, was ihr gut tut“.

Wo nicht genügend Arbeiter eines Berufes zur Bildung eines Berufsgruppe vorhanden sind, wurden bisher gemischte Gruppen (mixed Locals) gebildet. Diese Körperlichkeiten scheinen aus Kritikfakern zusammengesetzt zu sein. Ein Exekutivbeamter glaubte Ruhe zu schaffen, indem er in seinem Bericht die Auflösung der gemischten Gruppen verlangte und sie zu Propagandaklubs der Organisation umwandeln wollte, das heißt ihnen noch die Pflicht, Beiträge zu zahlen, weiter lassen wollte, und dafür den Entzug des Rechts mitzubestimmen und mitzubestimmen beabsichtigte. Durch Ablehnung des Antrags wurde dem aus ihm sprechenden grenzenlosen Optimismus über den Idealismus der Mitglieder eine Enttäuschung erspart.

Der Stand der Bilderlichkeit innerhalb der Organisation soll nicht an der Quantität und Qualität der Schmelznamen und Bezeichnungen gemessen werden, mit denen sich die Mitglieder gegenseitig beehren, daß zum Beispiel der eine Delegierte ein Inkerton sei, der andere ein Agent der katholischen Kirche oder ein Spion oder ein Dynamiter von Gruppen. Solche Dinge sollten als Produkte der revolutionären Energie angesehen werden.

Wenn hier der Industriearbeiterorganisation, dem „revolutionären Syndikalismus“ in Amerika, mehr Zellen gemeldet sind als es seine Stärke geboten erscheinen läßt, so nur deshalb, damit diese realen Verhältnisse jenseits des Ozeans nicht unbelannt bleiben, und besonders auch, damit hochstrabende Sätze der Syndikalisten, wie der folgende, nicht allzuweitlich genommen werden: „Wenn sich die französischen Syndikate zurückziehen (von der internationalen Gewerkschaftskommission), so ist die Möglichkeit vorhanden, mächtige internationale Relationen auf einer revolutionären Basis zu etablieren. Denn in Italien, Frankreich, Deutschland und Holland gibt es schon starke revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen und in England, Belgien, Dänemark, Spanien, der Schweiz und in den Vereinigten Staaten können wir auch einen erfolgreichen Zustrom von den alten Unionen hoffen.“

Unsere neunte Generalversammlung.

Wir lassen hier weitere Stimmen der Gewerkschaftspresse über unseren Maiesterverschluss und über die Leipziger Volkszeitung folgen.

Holzarbeiter-Zeitung (Nr. 28 vom 10. Juli):

„Daß ein solcher Beschluß Aufsehen erregt, ist begreiflich. Seit Jahren werden Diskussionen über die zweckmäßigste Gestaltung der Maifeier gepflogen, ohne daß es bisher möglich gewesen wäre, eine Formel zu finden, die alle Teile befriedigt. Man kann es aber bei dieser Sachlage der größten deutschen Gewerkschaft nicht verberden, daß sie j e l d i d t g e n auf dieser wichtigen Frage Stellung nimmt, und auch die Art der Stellungnahme ist leicht verständlich. Die Gewerkschaften sind es doch in erster Linie, welche Erfahrungen darüber gesammelt haben, welche Schwierigkeiten sich der Durchführung der Arbeitsruhe entgegenstellen und die am genauesten beurteilen können, welche Opfer die Maifeier dem einzelnen sowohl als auch der Organisation auferlegt. Sie sind imstande, weit besser als jeder Außenstehende, Vorteil und Nachteil dieser Demonstration gegeneinander abzuwägen. Die Metallarbeiter stehen mit ihrer Stellung zur Maifeier unter den deutschen Gewerkschaften keineswegs allein. Wir erinnern nur an die Diskussionen, die über diese Frage auch dem letzten Verbandstag unseres Holzarbeiterverbandes in Stettin gepflogen wurden, wo nur äußere Umstände das Zustandekommen eines Beschlusses verhindert haben, der sich in seiner Tendenz wohl kaum wesentlich von der jetzt beschlossenen Resolution der Metallarbeiter unterscheiden hätte. Und wenn diese jetzt dazu gekommen sind, ihre Stellung zur Maifeier, wie geschehen, zu präzisieren, dann hat jedenfalls der Umstand dazu beigetragen, daß nach den Erfahrungen auf dem Nürnbergertag ein übereinstimmender Beschluß der berufenen Vertretungen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.“

Es war vorauszu sehen, daß der Beschluß der Generalversammlung der Metallarbeiter die Kreise auf den Plan rufen würde, die sich, trotz aller bisherigen Erfahrungen, noch der Hoffnung hingeben, daß es gelingen könnte, die Maifeier in idealer Weise zu gestalten. Diese Kreise empfinden, nicht mit Unrecht, den geschehenen Beschluß als einen schweren Schlag, welcher der Propaganda für die Arbeitsruhe verfehlt wurde. Wir können uns in die Gemütsstimmung jener Genossen um so leichter hineinversetzen, als auch wir früher mit großer Begeisterung für die Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten sind.

Wenn es bei einer sachlichen Kritik des Beschlusses geblieben wäre, wäre dazu nichts zu sagen gewesen; es kann nichts schaden, wenn Leute, die grundsätzlich auf dem gleichen Boden stehen, in Einzelfragen verschiedenen Ansichten huldigen und jeder bestrebt ist, seine Meinung mit Gründen zu belegen. Auf das lebhafteste zu beklagen ist es aber, wenn statt einer sachlichen Diskussion eine blühende Schimpferei geboten wird. Anders kann man den Artikel nicht bezeichnen, in welchem die Leipziger Volkszeitung in ihrer Nummer vom 16. Juni zu dem Beschluß der Metallarbeiter Stellung nimmt.

Diese Willkür von „Liebeswürdigkeiten“ richtet sich gegen die zurecht gegen die Leistung des Metallarbeiter-Verbandes, aber indirekt ist die gesamte Gewerkschaftsbewegung damit getroffen und es ist nur in der Ordnung, wenn die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit gegen derartige Anwürfe protestieren. Es ist leider nicht das erste Mal, daß in solcher Weise über die Gewerkschaften hergezogen wird; es handelt sich nur um eine neue Phase in einem alten Streit, der fortgesetzt unflüchtig geschürt wird. Wenn da dem Angegriffenen die Wäule ins Blut steigt und in der Abwehr auch ein-

* In De Arbeit, Holland, 12. Dezember 1908.

mal ein hartes Wort (ist), dann ist das menschlich durchaus begründet. Die Schuld an dem Scheitern, das durch ein verlässliches Aufbringen der Maßnahmen verschiedener Seiten den Feinden der Arbeiterbewegung bereit wird, tragen jene, denen die Hand gegen die Gewerkschaften zum Uebel und Bösen zu werden ist geworden ist.

Aber ist es denn wirklich notwendig, in solcher Weise gegen das eigene Volk zu wüten? Tausende von deutschen Arbeitern sehnen sich nach einem andauernden Frieden und einem freundschaftlichen Handhabendwerden zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter. Tatsächlich ist ja auch manches besser geworden, aber das Verharren aller Munde ist leider immer wieder gestört durch das unverantwortliche Eingreifen einzelner, denen es anscheinend nicht wohl ist, wenn sie nicht einen Strauß in der Arbeiterbewegung schüren können. Wenn diese das Schicksal ihres Volkes nicht selbst einsehen, dann wird es sich die Arbeiterbewegung zur Aufgabe machen müssen, die Ruhestörer energisch zur Ordnung zu rufen.

Allgemeine Arbeiter-Zeitung (Nr. 14 vom 4. Juli):

Die Leipziger Volkszeitung hat wieder einmal das Bedürfnis gefühlt, auf „gewisse Gewerkschaftskreise“ einen Stichel Urat abzuladen. Es ist ja aber nicht nur toll und unverantwortlich, was da geschrieben wurde, es ist auch niederte 8000, wie wir es eingehend schon bezeichnet haben. Nebenbei ist gerade vom sonstigen politischen und theoretischen Standpunkt der Leipziger Volkszeitung. Es ist doch wohl so, daß die Leipziger Volkszeitung von allen sozialdemokratischen Organen der sozialistischen oder sozialistischen Theorie von der Erziehung der Arbeiter zur „Verständlichkeit“, der individualistischen Vertiefung, am nächsten steht. Hier nun ist ein Beschluß gefaßt worden, der, soweit die Mitarbeiter in Frage kommt — die Revolution eines Tages — die Arbeiter vollständig auf sich selbst und vor die Möglichkeit der Entfaltung ihrer vollen Persönlichkeit stellt — und wieder ist es nicht recht klar, was in der Leipziger Volkszeitung anscheinend gar kein Empfinden dafür, daß man sich hier in geradezu virtuoser Weise seine eigenen Theorien um die Ohren geschlagen hat. Wohl sind auch wir der Meinung, daß in der Frage der Mitarbeiter Fehler begangen worden sind. Über den Fehler haben nicht die Metallarbeiter gemacht, als sie die besondere Unterstützung der Mitarbeiter abgelehnt (in Form der statutarischen Arbeitslosenunterstützung bleibt sie ja bestehen), sondern diejenigen, die zum ersten Male die Frage der Mitarbeiter mit der Frage der besonderen Unterstützung in organischer Verbindung gebracht haben! In dem Tage, da die Mitarbeiter zu einer Unterstützungsforderung herabgedrückt wurde, hätte sie den größten und erhabensten Teil ihres ursprünglichen Inhalts verloren.

Die Steinfeker-Zeitung weist dann darauf hin, daß da, wo die Mitarbeiter begangen wird ohne die Unterstützung auf statutarische Unterstützung, sie ein untrüglicher Beweis für die tatsächliche innere Stärke und Festigkeit der Organisation und des Klassenbewußtseins sei, und sie fährt dann fort:

„So ist in unserem Verband von Anfang an, ohne daß es jemals besonders ausgesprochen oder beschlossen wurde, die Mitarbeiter behandelt worden und so haben wir es erzielt, daß heute eine relativ große Zahl unserer Berufsangehörigen, freilich ohne Syndikalistiken oder Anarchos zu sein, die Mitarbeiter begehrt — auch in Zeiten schlechter Konjunktur, ohne beschränkt zu müssen, deshalb wirtschaftlich geschädigt zu werden. — Freilich: Eins schadet nicht für alle; und was die einen ohne alle große Mühe und Opfer erreichen konnten, läßt sich nicht abschablonenhaft auf andere übertragen. Aber wenn es da langamer oder überhaup nicht ist, dann ist das ein Beweis dafür, daß hier der Mitarbeiter in der bisherigen Form und unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensteht. Für die Überwindung dieser Schwierigkeiten aber die Mittel der Gewerkschaften stets und ständig einzuwirken und deshalb gar auf die Erfüllung aller anderen spezifisch gewerkschaftlichen Aufgaben verzichten; das kann nur verlangen, wer ein grimmiger und hinterlistiger Feind der Gewerkschaften ist — oder von den Gewerkschaften und ihren Aufgaben absolut keine Ahnung hat!... Die Leipziger Volkszeitung hat mit ihrem Artikel den schlimmsten Verrat an der Klasse begangen, die sie zu vertreten vorgibt. Im Felde erzielte der Verächter solcher Verrats die Krone. Die Arbeiterbewegung befindet sich in tiefer Kampf, sie greift aber nicht zu so barbarischen Mitteln. Es könnte aber wirklich nichts schaden, wenn es ein Parteigesetz gäbe, wonach diejenigen, die sich solcher Angriffe auf die Integrität der Arbeiterbewegung schuldig machen — in die unterste Klasse der Parteimitglieder bezogen werden, damit sie sich erst einmal die notwendigen Elementarkenntnisse aneignen.“

Der Grundstein (Nr. 27 vom 3. Juli):

Bei den Malaien im indischen Archipel gibt es eine furchtbare Krankheit, wobei die davon Befallenen in eine blinde Wägerei geraten und schamenden Mordes durch die Straßen rennen, den Reis (Droh) jähwiegend und jeden niederstößend. Der ihnen in den Weg kommt. Die Ursachen dieser Wägerei sind nicht festzustellen. Das Volk glaubt die Krankheit von einem bösen Geist befallen. Zum Teil mag man die Erklärung dafür wohl in der dort herrschenden Armut suchen, die leicht zu Verdächtigungen des Mordes führt. In unserer gewöhnlichen Zone sind solche Fälle nur wenig bekannt, und wenn sie einmal vorkommen, so pflügen sie, unserer Kulturhöhe entsprechend, in harmlosen Formen zu verlaufen. Der Doh ist bei uns aus der Mode gekommen und durch die Städte rennt man auch schon nicht mehr gern, weil das bei dem heutigen Verkehr gar zu gefährlich ist. Kein, keine Wägerei! Unser sind meistens friedlichere Leute. Sie haben einen besonnenen Sinn und betonen den Doh gern mit der Schärpe, die man nicht als rote Gefahr, sondern in die bunte Linie sieht. Der Malai ist dabei natürlich sehr groß; der indische Kasten ist jetzt keine Spur mit Malakien, der gebildete europäische Kasten ist höchstens mit Wachen, das je nachdem ein mehrseitiges Vorgehen oder ein höheres Gedächtnis ist. Man würde sich an dieser Probe eines indischen Kasten, dessen Lebensbedingungen die Gewerkschaften der Metallarbeiter verstehen. Gleichwohl ist hier eine Sache nicht bei den Malaien, denn dort hat er noch Vorrat und Güte begehrt. Bei uns hat er die Gewerkschaft ihre jähwiegend Arme über ihn, indem sie ihn die Arbeiterfreiheit bezieht.

Außer den jähwiegend Gewerkschaften haben sich auch die Nachbinder-Zeitung, die Gewerkschaft (Gewerkschaft), die Satzzeitung für Schneider, der Kaiserarbeiter und der Löffler gegen die Leipziger Volkszeitung ausgesprochen. Die Solidarität, das Organ der Bau- und Eisenbahnarbeiter, sagt speziell zu der Mitarbeiterrevolution:

„Es ist unverständlich, daß eine so große Gewerkschaft, trotz der Bemühung, wegen dieses Beschlusses von der Parteipresse nicht als alte große Zeitschrift behandelt zu werden, den Part aufrecht offen und unparteiisch anzusprechen, daß die bisherige Parteipresse in der Behandlung der Mitarbeiterfrage unzulänglich geblieben ist. Wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit der deutschen Gewerkschaften sich voll und ganz am Standpunkt dieser Zeitschrift stellt, weil ja die bisherige Situation kein anderes als das darin ausgesprochene Bild zeigt, welches nur von keiner Seite aufgehoben wurde. Schenkt man eine so kurze Organisation, wie die Metallarbeiter-Verband, die veranlaßt, bahnbrechend voranzugehen.“

Die Freie Presse (Oberfeld), die sich nicht enthalten, was eine schändliche Behandlung der Partei durch unsere Verband zu fordern, hat auf die Arbeiter, die wir ihr in Nr. 26 gelehrt werden haben, in einem Leitartikel der zweiten Hälfte ihrer

Nr. 148 geantwortet. Sie scheint also selbst der Meinung zu sein, daß die Qualität ihrer Beiträge durch die Quantität eines unerschöpflichen werden müßte. Weil wir ihre Schulmeisterrolle nicht völlig hingelassen haben, merkt sie die Verzweiflung und ist wieder sehr freigebig mit Ratschlägen. Da sachliche Argumente bei ihr offenbar kein Verstandnis finden, so hat ein näheres Eingehen auf ihren Artikel seinen Zweck. Deshalb nur einige kurze, gutgemeinte Gegenbemerkungen. Die Freie Presse, die an uns den Antrag stellt, daß wir den Klassenkampfstandpunkt und das Wohl des Sozialismus nicht genügend propagieren — auf welche „Unterlassungen“ so auch die Differenzen in unserem Verband in Mannheim, Gießen und Hagen zurückzuführen soll — sollte doch den Spruch behaupten: „Warum in die Ferne schweifen...“ Sie möge sich doch in ihrem Kreise umsehen, ob da alles gut bestellt ist. Sie erscheint in einem Wahlkreise, der bis 1907 als elfter Bestand der Partei angesehen wurde. Dieser soll be, wieder zurückübergeben werden. Die beplagten Schulmeisterrolle des Blattes gegen unseren Verband und die Gewerkschaften tragen aber gewiß nicht dazu bei, die zahlreichen inbitteren oder im gegnerischen Lager stehenden Arbeiter für unsere politische und gewerkschaftliche Bewegung zu gewinnen.

Die Freie Presse glaubte bei dieser Gelegenheit auch ihre Schmerzen über die Zusammensetzung unserer Generalversammlungen an den Mann bringen zu müssen. Nach ihrer Meinung werden dazu vornehmlich die Arbeiter delegiert. Das sei ein Mißstand. Sie ist aber so gnädig, diesen die Vertretung der Arbeiter in Arbeiterkammern u. s. w. zuzugestehen. Wo da die Logik bleibt, ist Geheimnis der Freien Presse. Was aber die Delegation zu unseren Generalversammlungen betrifft, so ist es nicht notwendig, daß vornehmlich Beamte delegiert waren. Wenn es aber auch der Fall gewesen wäre, so geht das die Freie Presse gar nichts an, das ist einzig und allein Sache unserer Mitglieder, die zu ihren Beamten eben das Vertrauen haben, daß sie das Richtige tun werden. Aber jedenfalls kommt bei uns der „Mann aus der Werkstatt“ viel mehr zur Geltung als bei der Vertretung auf den Parteitagen. Ein Vergleich unserer Präferenzliste mit der eines beliebigen Parteitages beweist das schlagend. Wenn die Freie Presse darüber genauer zu wissen wünscht, werden wir noch deutlicher werden.

Das Genossenschaftswesen.

[?] Die Konstituierung und Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine seit dem Jahre 1902 hat engere Verbindungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften erzeugt, als es je vordem der Fall gewesen ist und als es je hätte sein können, wenn das deutsche Konsumvereinswesen dauernd organisatorisch mit dem im alten sogenannten Erügerischen Verband dominierenden mittelständlichen Kreditgenossenschaften des Handwerks und Handels verbunden geblieben wäre. Das ist im allgemeinen von Vorteil für beide Bewegungen gewesen. Den Gewerkschaften, sofern die Genossenschaften einzelnen ihrer Berufsgruppen auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse weitestmöglich entgegenkamen und durch die Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, Einführung von jährlichen Ferien und Gewährung sonstiger in kapitalistischen Betrieben nur vereinzelt vorkommenden Benefizien, vorbildliche Beispiele für die soziale Seite des Arbeitsprozesses schufen, Lasten, deren besondere Bedeutung in der menschlich begrifflichen angenehmen Empfindung der „betroffenen“ Arbeiterkategorien beruhen, eine gute Stufe höher in der Wertung ihrer Arbeitskraft und Persönlichkeit an sich zu setzen als die Allgemeinheit ihrer speziellen Berufscollegen im kapitalistischen Privatbetrieb, die aber in ihrer allgemeinen Bedeutung noch höher zu bewerten sind, da sie Vorbilder für die Arbeiterklasse überhaupt bedeuten, nach denen diese besonders in der gewerkschaftlichen Bewegung, sei es im Kampfe oder bei friedlichen Vereinbarungen, ihre Forderungen richten konnte, ohne vom Unternehmertum desaboniert werden zu können. Ein Beispiel zur Veranschaulichung dieser Aufjähung kann nicht schaden. Als vor circa 5 Jahren die preussische Regierung Neigung zeigte, den sozialpolitischen Fortschritt der hierzu von der sozialdemokratischen Fraktion ihres Landtags gedrückten inrückenberghigen Regierung nachzumachen und in den Staatsverhältnissen der Eisenbahn den Neunjahrestag einzuführen, protestierte der generalgewaltige Sekretär Bued vom Verband deutscher Syndikalistiker im preussischen Abgeordnetenhause dagegen. Die Regierung habe kein Recht, derartige Vorbilder zu schaffen, da sie geeignet seien, die private Industrie zu schädigen durch den Anreiz, den die Arbeiter bekämen. So ungefähr war der sozialdemokratischen Rede Sinn, eben der Sinn, dem nun die Debatte entströmt, daß gute Beispiele böse Sitten verderben; der Sinn, daß, wenn die Genossenschaften vorbildliche Arbeitsverhältnisse schaffen, dies nicht nur den direkt beteiligten Arbeitern — zum Teil ungelerten —, sondern auch dem Geiste der Stabilisation des Guten der Allgemeinheit der Arbeiterklasse zugute kommen muß. Natürlich unter der Voraussetzung richtiger Fraktionierung des Geistes durch die Gewerkschaftsorganisationen.

Der Vorteil auf Seite der Genossenschaften liegt lediglich in einer empfindlicheren Einwirkung des Konsumvereinswesens einmal der Zahl der Vereine nach, dann besonders nach der Zahl der Mitglieder, deren rücker Zunahme in den einzelnen Vereinen eine absolute und relative Steigerung des Umsatzes in den Konsumgenossenschaften zur Folge hatte, eine Beschleunigung, auf der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Vereine überhaupt, insbesondere aber die Erreichung weit besserer Arbeitsverhältnisse als in den kapitalistischen Privatunternehmungen des Handels und der Produktion beruht. Auf dieser Voraussetzung beruht nun erst recht in erster Linie die Möglichkeit der Weiterbildung besserer Arbeitsverhältnisse in Genossenschaftsbetrieben, je mehr sich diese zugunsten der Arbeiter und Angehörigen von denen in Privatunternehmungen entfremden.

Dies ist der Fall mit den beiden Tarifen, die auf dem Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (14. bis 16. Juni in Mainz) endgültig angenommen worden sind. Sie sind verständig zwischen den Gewerkschaften der Bäcker und Konditoren und der Transportarbeiter mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Der Bäckertarif enthält außer der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit (einschließlich 20 Minuten Speisepausen) in kontinuierlichen und 8 1/2 stündigen Arbeitszeit in allen übrigen Betrieben gestaffelte Lohnempfehlungen bis zu 2,50 M.; die Ferien werden von 1 Woche auf 9 Arbeitstage nach 5jähriger Tätigkeit im Betrieb und auf 12 Arbeitstage nach 10jähriger Tätigkeit verlängert; die nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als „nicht erhebliche“ Zeit der Arbeitsbehinderung für die Lohn zu zahlen ist, wird nach einer Beschäftigungsdauer von 5 Jahren auf 3 Wochen (bisher 14 Tage) erhöht. Dazu kommen noch einige kleinere weniger einschneidende Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses, die sich aber in der Gesamtwirkung geltend machen. Vergleicht man, daß zum Beispiel die Tarifhöhe in der Leipziger-Blagowitzer Konsumvereinsbäckerei 28,80 M. betragen — bezahlt werden 31,20 M. — bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit und daß dagegen bei einem kürzeren Tarifabschluß der Bäcker mit der Hannoverischen Brotfabrik ein Anfangslohn von 23 M. und ein Höchstlohn von 26 M. bei täglich 12 1/2 stündiger Arbeitszeit (inkl.

2 Stunden Speisepausen) bezahlt wurde, die Ferien aber ausschließlich 6 Tage betragen, so hat man einen ganz respektablen Unterchied zwischen den Arbeitsverhältnissen in kapitalistischen Betrieben und genossenschaftlichen Betrieben, gar nicht zu reden von den Verhältnissen in den zahllosen Kleinbäckereien, die nicht annähernd verglichen werden können.

Der Tarif mit dem Transportarbeiterverband stellt für Chauffeurs die 8 1/2 stündige, für die Lagerarbeiter, Konditorien, Hausdiener und ungelernte Arbeiterinnen die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, in Betrieben mit nur zwei stündigen Lagerarbeitern die 8 1/2 stündige Arbeitszeit vor. Für Kutscher und Stallleute beträgt die Arbeitszeit 9 und 9 1/2 Stunden, am Sonnabend 8 und 8 1/2 Stunden, wobei Füllern und Wägen der Pferde morgens in die Arbeitszeit einzurechnen ist. Die Lohnbestimmungen der Arbeiter betragen sich zwischen 19,50 und 21,50 M. bis zu 28,80 M., die Kutscher und Stallleute 24,50 M. und 26,95 M. bis zu 35,10 M. Chauffeurs erhalten 2 M. mehr die Woche als Kutscher und Stallleute. Die Ferien und die Bestimmungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind wie im Bäckertarif geregelt. Einige kleinere Benefizien können unerwähnt bleiben.

Aus allem aber blühte hervorgehen, daß der Genossenschaftstag tarifliche Vereinbarungen akzeptiert hat, die im Vergleich zu den Arbeitsverhältnissen bei den privaten Konkurrenzbetrieben, wo für Handelshilfsarbeiter Arbeitszeiten von 12 bis 15 Stunden bei geringeren Löhnen und ohne Ferien die Regel bilden, wahrhaft vorbildliche genannt werden müssen, denn in keinem gewerblichen Beruf dürften solche Abweichungen von den Arbeitsverhältnissen in Konkurrenzbetrieben vorkommen sein, wie sie nun zwischen Genossenschafts- und Privatbetrieben geschaffen sind. Mögen sich die anderen Gewerkschaften dies zum Vorbild nehmen und dem kapitalistischen Unternehmertum mit dem Hinweis auf das Geschaffene gleiche Leistungen abringen. Ist aber der Abschluß der beiden Tarifverträge nach dieser Seite hin für die Gewerkschaften im allgemeinen wertvoll, so müssen sie nun andererseits bedacht sein, daß allüberall, wo Konsumvereine bestehen, diese durch Mitgliederzahl und Steigerung ihrer Umsätze in die Lage versetzt werden, die immerhin beträchtlichen Mehrbelastungen auch ohne Sorge zu tragen. Denn das Groß der Mitglieder läßt eine etwa verminderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Vereine sich nicht durch den Hinweis auf die gesteigerte soziale Leistung mündgerecht machen. Auch hier raucht der Schornstein vom Profit. Da die Tarife auf 5 Jahre abgeschlossen sind, so läßt sich mit einiger Sicherheit die Wirkung abmessen, die ihre Schaffung auf die Entwicklung der Konsumvereine ausgeübt haben wird. Jedenfalls ist aber auch vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus die Voraussetzung gerechtfertigt, daß die direkt beteiligten Gewerkschaftsorganisationen im Laufe der fünf Tarifjahre das private Unternehmertum ebenfalls entsprechend vorwärts treiben, um die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaftsbetriebe nicht zu schwächen und damit selbst die Möglichkeit weiteren Aufwärtsstiegs zu verhindern.

Nachdem das vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus wichtigste Ergebnis des Genossenschaftstages in Mainz seine Würdigung gefunden, kann noch kurz resümierend bemerkt werden, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine Ende 1908: 949744 Mitglieder in 1068 Vereinen zählte (1907: 990 Vereine und 885074 Mitglieder); daß in seinen Vereinen 14910 Personen (12783) beschäftigt sind; daß der Umsatz 349728334 M. (303794452 M.) betrug; die Eigenproduktion 44482900 M. (32634305 M.), der Reingewinn 21102782 M. (20995226 M.), die Warenbestände 36457971 M. (33207990 M.), Inventar und Maschinen 8308435 M. (6612341 M.), Buchwert des Grundbesitzes 42500087 M. (42079847 M.), eigenes Kapital 32467578 M. (28396573 M.), fremdes Kapital 51315909 M. (43160709 M.). Trotz dieser nicht geringen Zahlen ist damit keineswegs das deutsche Konsumvereinswesen erschöpft, denn es zählt im ganzen rund 1350000 Mitglieder in 2250 Vereinen, womit sich die vorstehenden Zahlen um ein mannigfaltiges erhöhen. Der gegebene Jahresbericht ließ eine günstige Fortentwicklung des Zentralverbandes erkennen und man kann angesichts der Leistungsfähigkeit seiner Vereine auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und auch angesichts der ihm in dieser Hinsicht noch gesteckten Ziele ganz besonders vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nur lebhaft wünschen und begrüßen, wenn das Wachstum seiner Vereine ein dauerndes und ungeschwächtes ist. Was an den Gewerkschaften liegt, hier zu tun, darf auf keinen Fall vernachlässigt werden. Wenn noch bemerkt wird, daß Meierate über: „Aufgaben und Ziele des Internationalen Genossenschaftsbundes“, über: „Produzententartelle und Konsumentenorganisationen“, über: „Genossenschaftliche Ferienheime“ gehalten wurden, so nur, um zu zeigen, daß auf dem Mainzer Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine weitgreifende wirtschaftliche und soziale Fragen behandelt wurden, die ihm neben der bedeutungsvollen Tariffrage sein interessantes Gepräge gaben. Es war fast das Gute zuviel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 18. Juli der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juli 1909 fällig ist.

Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß auf verlorene oder gestohlene Mitgliedsbücher von Unbefugten Neijunterstützung erhoben worden ist. Das veranlaßt uns, die Reisgeldauszahler erneut darauf hinzuweisen, bei der Auszahlung von Unterstützung stets die Unterchrift in dem Buch mit der auf der Quittung zu vergleichen und in Zweifelsfällen weitere Legitimation zu verlangen. Dringend werden die Mitglieder ersucht, auf ihre Mitgliedsbücher besser acht zu geben. Die Bücher werden des öfteren mit großer Leichtfertigkeit behandelt. Das Mitgliedsbuch ist als ein Wertpapier zu betrachten und demgemäß stets auf das sorgfältigste aufzubewahren.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle Waldshut 5 3 pro Woche und Mitglied; der Verwaltungsstelle Wiesbaden anstatt des bisher erhobenen Extrabeitrags von 5 3 jetzt 10 3 pro Woche und Mitglied.

Die Nichtbezahlung dieses Extrabeitrags hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Angeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Amberg: Der Schlosser Johann Strobel, geb. am 26. November 1879 zu Sittach in Bayern, Lit. A. Buch-Nr. 31879, wegen Streikbruch. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in GutsMuth: Der Bohrer Karl Wörbel, geb. am 11. Mai 1874 zu Groß-Forken in Preußen, Lit. A. Buch-Nr. 267918, wegen Betrug durch Verwendung gebrauchter Beitragsmarken. Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eriberg: Der Former Gustav Ebner, geb. am ? zu ?, Lit. A. Buch-Nr. 301559, nach § 22 Abs. c.

Aufforderung zur Nachlieferung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern eines dieser Mitglieder keine Nachlieferung an den Vorstand einbringt, wird er als ausgeschieden aus dem Verband.
Auf Antrag der Verwaltungsausschüsse:
Der Schlosser Joseph Geib, geb. am 9. Mai 1878 zu Ingolstadt, Lit. A. Buch-Nr. 88928, wegen Unterschlagung.
Auf Antrag der Verwaltungsausschüsse in Martrankfurt:
Der Dreher Adolf Wiebach, geb. am 15. März 1879 zu Witten a. Ruhr, Buch-Nr. 870616, wegen Denunziation.

Auszuhalten und an den Vorstand einzufenden sind:
Buch-Nr. 878086, lautend auf Schlosser Max Bergerhau, geb. am 20. Oktober 1888 in Würzburg.
Lit. A. Buch-Nr. 88820, lautend auf Dreher D. Schneider, geb. am 27. August 1889 in Saalfeld.
Buch-Nr. 812987, lautend auf Dreher Friedr. A. G. Seibel, geb. 15. Juni 1885 in Lorgau.
Lit. A. Buch-Nr. 808080, lautend auf Stefan Zeltner, nebst Inhalt, bestehend aus ungebrauchten Beitragsmarken.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Mühl-Str. 16a zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Drahtwebern und Schlossern nach Mühlhausen i. Elsaß (Fa. Michel-Hilf);
- von Blechnern und Installateuren nach Münster i. W. (Firma Kleinrenner & Jones) St.;
- von Formern, Elfenbeinarbeitern und Kerumachern nach Hochim-Weimar (Westf. Stahlwerke) D.; nach Genf (Schweiz) D.; nach Schwab. Gmünd (Firma H. & Schweizer) D.; nach Neuß bei Düsseldorf (Fa. Hamann & Co.) D.; nach Neustadt a. S. (Fa. Gersbach) R.; nach Stodum (Stahlw.) W.; nach Langenmünde (Fa. F. Friede) St.;
- von Goldschlägern nach Dresden D.;
- von Gürtlern nach Le Pont (Schweiz) D.; nach Osterode a. S. (Fa. Schuhmacher) D.;
- von Heizungsinstallateuren und Rohrlegern nach Danzig, St.;
- von Installateuren nach Blankenburg, L.; nach Hannover, St.;
- von Instrumentenmachern und Wandgasföhren nach Koburg (Fa. D. Wörche) D.; nach Posen (Fa. Kasprowitz) D.;
- von Kesselschneidern nach Dortmund (Fa. Brand & Sohn) W.;
- von Klempnern nach Dessau (Gasbadbes. Junker & Co.) W.;
- nach Waldheim i. Sa. (Fa. Rühnrich) St.;
- von Klempnern (Wau-) nach Berlin D.; nach Blankenburg L.;
- nach Danzig, L.; nach Hamburg, A.; nach Hannover St.;
- nach Liegnitz, L.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Cannstatt (elektrische Abteilung der Maschinenfabrik Esslingen) W.;
- nach Delmenhorst (Winkelumwerke Schlüsselwerke) St.;
- nach Dortmund (Fa. Höpff, Eisen- und Stahlwerk) W.;
- nach Gmünd (Schwab.) D.;
- nach Gannau (Firma Kirchberger) W.;
- nach Helmstedt, St.;
- nach Hade vorn. Wald-Bergerhof (Litau, Elektr. U. S.) St.;
- nach Salzwedel (Fa. G. L. Kleinoff, landwirtschaftl. Maschinenfabrik) W.;
- nach Wien XII (Firma Alfa-Separator, Wäschwaren- und Wollereimaschinenfabrik) W.;
- nach Walthershausen (Gummifabrik) St.;
- nach Würzburg (Metallgesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen vormals Gebr. Buxbaum) D.;
- von Metallrädern nach Hannover, St.;
- nach Sundern, Kreis Arnberg (Fa. A. Brumberg) R.;
- von Schleifern nach Pfungstadt (Besteckfabrik) W.;
- von Schlossern (Wau- und Kunst-) nach Hamburg, A.;
- nach Mannheim, L.;
- nach Straßburg, L.;
- von Schlossern und Schmiedern nach Dresden (Fa. Schöneis) D.;
- von Walzwerkarbeitern (besonders Walzern und Drahtwalzern) nach Rombach i. Lothr. (Rombacher Hütte) D.;
- von Zinngebern nach München, St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; W.: Auslieferung; D.: Differenzen; R.: Maßregelung; M.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Die Anträge auf Sperrung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsausschüsse beglaubigt sein.
Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsausschüsse, der das Mitglied angehört, abzuempfehlen zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsausschüsse besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formen.
Braunschweig. In der Gießerei von A. u. M. Gieseler & S. u. G. ereignete sich am 17. Juni ein größlicher Unglücksfall. Einige junge Leute schafften auf einem Wagen fertige Formkappen nach der Trockenkammer. Der Wagen war jedoch viel zu schwer beladen (mit circa 400 Zentnern). Die Räder aus Gußeisen brachen und die schwere Last stürzte zusammen und begrub fünf Arbeiter unter sich. Ein Mann vermochte sich durch einen Sprung zu retten. Dem Arbeiter Josef Duda wurde der Brustkasten eingedrückt, der Arbeiter Wilhelm Breitfeld erlitt schwere Beinverletzungen am Becken, der Arbeiter Karl Schulze schwere Verletzungen am Oberarm und an der Brust, der Arbeiter Wiedenbein eine schwere Verletzung an der linken Ferse und einen Knöchelbruch und der Arbeiter Adolf Nolte schwere Quetschungen am ganzen Körper. Breitfeld, der verheiratet und Vater von zwei Kindern, verstarb bereits abends 10 Uhr an den schweren Verletzungen im Krankenhaus. Auch Nolte ist seinen Verletzungen erlegen. Das Unglück wäre wahrscheinlich nicht so groß geworden, wenn die Leute genügend Platz zum Ausweichen gehabt hätten. Der ungenügende Raum, das Verbot der Wege, die unvorsichtige Treiberei bei der Arbeit, alles das trägt erheblich dazu bei, die dort Arbeitenden in ständige Lebensgefahr zu bringen. Von den Meistern und der Betriebsleitung geschieht nicht das Nötige, um eine Besserung dieser unhaltbaren Verhältnisse herbeizuführen. Seit zwei Jahren hat sich die Trockenkammer als unzureichend erwiesen, der Platz vor und in ihr ist so beengt, daß ein Ausweichen der Begegnenden überhaupt nicht zu denken ist. Die Arbeiter werden auch noch auf andere Weise steter Gefahr ausgesetzt. Der eine Kran hat eine Tragfähigkeit von 14000 Kilogramm. Vor einigen Wochen wurde er aber mit einem vollen Kasten von circa 25000 Kilogramm Gewicht überladen. Das Oberteil wurde zweimal mit dem Kran gehoben und es ging gut. Beim drittenmal jedoch riß beim Niederlassen des Kastens das Seil und der Kasten stürzte etwa einen Meter herab. Da alles auf eine Katastrophe gelaufen war, hatten sich die Mannschaften in genügender Entfernung aufgehoben, so daß keine Verletzungen vorkamen. Derartige Fälle sind durchaus nicht selten,

jedoch ist niemand etwas von Verbesserungen zum Verhindern von Unglücksfällen zu merken. In der Walzengießerei wurden früher 6 bis 8 Rollen gezogen, wodurch der Platz so beengt war, daß die dort Arbeitenden in ständiger Gefahr waren, von diesen oder jenen Stab getroffen zu werden. Die Arbeitsplatzplanung, circa 60 Zentner schwer, wird beim Gießen zum circa 1/2 Meter angehoben und dann gelassen. Bei dem Entformen der glühenden Schläge (Röhre) gehen naturgemäß auch glühende Eisenteile mit, die in einem Umkreis von vier bis fünf Metern umherfliegen und die in der Nähe Arbeitenden bei der Gefahr aussetzen, verbrannt zu werden. Die da beschäftigten Leute müssen 18 bis 18 Stunden bei einer einmaligen Pause von 20 Minuten ununterbrochen arbeiten. Daher ist es nicht zu verwundern, wenn durch die Ueberanstrengung die Unfallgefahren sich mehren. Alle diese Uebelstände, insoweit der Platzmangel, erstrecken sich auf die ganze Gießerei. Die Arbeitsmethode ist derart, daß es wie ein Wunder erscheint, daß nicht noch mehr Unfälle vorkommen. Alle diese Mängel, selbst auch die Ueberlastung der Hebezeuge und Transportmittel, sind aber nicht nur der Betriebsleitung, sondern auch der Direktion bekannt. Abhilfe wird jedoch nicht geschaffen. Dabei wird eine Ueberstundenmehrwirtschaft in der Fabrik getrieben, die fast keine Grenze kennt. Die englische Arbeitszeit soll zwar Ueberstunden ausschließen, allein der bösartige Profit kennt keine Grenzen bei der Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Aus dieser übermäßigen Ausnutzung der Arbeiter müssen naturgemäß viele Unfälle entstehen. Das nicht noch mehr in dem Betriebe vorkommen, liegt hauptsächlich nicht an der Betriebsleitung und an den Meistern.
Darmstadt. Was sich jetzt während der heißen Geschäftszeit hier abspielt, wird selbst von den geduligen Darmstädter Kollegen als „halb nicht mehr zum Aushalten“ bezeichnet. Und dies will doch schon etwas heißen. Es ist jedoch nicht etwa ein außerordentlicher Mangel an Aufträgen vorhanden, denn mit Ausnahme der Firma G. e. b. r. K. o. b. e. r., die schon seit einiger Zeit Formen und Formmaschinenarbeiter rekrutierte und ausziehen ließ, haben fast alle hiesigen Gießereien genügend zu tun. Die Firma G. e. b. r. K. o. b. e. r. läßt täglich Ueberstunden machen und hat alle Plätze besetzt. Die Firma L. u. h. e. r. hat zwar die Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden reduziert, führt aber diese nicht allgemein durch. Wo sie aber durchgeführt wird, geschieht dies ganz nach Belieben der Meister und Vorarbeiter. Oder man benutzt die verkürzte Zeit, um die Akkordsätze zu brüden. Dabei finden sich noch Elemente in der Gießerei, die sich anbieten, Arbeiten, die andere Kollegen wegen der Uebigkeit zurückweisen, billiger zu machen. Es ist nun in diesem Betrieb das eingetroffen, was den Kollegen schon so oft gesagt, von ihnen aber nicht zugegeben wurde. Jetzt rächen sich alle Fehler, die im Laufe der letzten 8 bis 10 Jahre gemacht wurden. Hoffentlich ziehen die Kollegen die Lehre aus den Erfahrungen, die sie jetzt machen. — Gegen Ende des vorigen Jahres wurde die Zahl der hiesigen Gießereien um eine vermehrt; der hiesige Meister bei Luthner eröffnete mit einem Formen- und einem Modellschreiner als Geschäftszweig in der Nähe von Oberarmstadt einen neuen Betrieb. Um sich Kundenschaft zu erwerben, zum Teil wohl auch wegen Mangel an kaufmännischen Kenntnissen, liefert das neue Unternehmen den Guß zu Preisen, die man seither hier nicht kannte. Wer die Darmstädter Gußpreise kennt, weiß, was dies heißen will. (100 Kilo kernloser Guß 14 M.) Das nächste Resultat dieses Preisdrückens war, daß auch die anderen Gießereien gezwungen waren, billiger zu liefern. Dies traf am härtesten die Firma K. o. s. & K. o. t. e. r. m. e. l. hier, die ohnedies an chronischem Mangel an „Notwendigkeiten“ zu leiden hatte. Die Arbeiter sollen es aber zuletzt immer biligen. Weil aber die Kollegen nicht so ohne weiteres mit den stetigen Abzügen einverstanden sind, herrscht fortwährend Kriegszustand, der wohl nicht eher zu Ende geht, bis die Firma den getriebenen Betrieb einstellt, was allem Anschein nach nur noch eine Frage der Zeit ist. Um aber diesen Zeitpunkt möglichst weit hinaus zu schieben, werden alle denkbaren Mittel angewendet. Man sucht vor allem die älteren Kollegen, die man als Hebel bezeichnet, hinauszuelken. Den Vertrauensmann, den der Inhaber der Firma selbst als einen tüchtigen, fleißigen Arbeiter geschätzt, hat man hinausgedrückt, zwei anderen Kollegen gab man solche Arbeiten, daß sie gerne von selbst gingen. Von Herrn K. o. s. wird auch der Versuch gemacht, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und gegen die Ausgetretenen aufzuheken. Allen durchreisenden Kollegen möchten wir also dringend empfehlen, diese Ruhe unter allen Umständen zu meiden. (Die Firma K. o. s. & K. o. t. e. r. m. e. l. führte früher den Namen U. m. a. t. u. r. e. n. f. a. b. r. i. k. v. o. r. m. P. G. r. ä. f.) Den Kollegen am Orte und der Umgebung aber möchten wir dringend raten, in Zukunft etwas mehr Interesse an der Organisation zu zeigen, die Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen besser zu besuchen, als dies bisher der Fall war. Die erste Pflicht eines jeden ist, sich selbst aufzumachen.

Groß-Luheim. Der in der Martenhütte tätig gewesene Meister Herrmann hat den Staub Luheims von den Frühen geschüttelt und ist nach Darmstadt übergesiedelt. Zu der Zeit seines gerade einjährigen Hierseins hat er es in meisterhafter Weise verstanden, die Löhne zu verschleiern. Bekanntlich hatten die Formen hier den Stundenlohn garantiert erhalten. Er wurde aber in letzter Zeit nicht ausbezahlt. Der Meister sah in dem schwer schuftenden Arbeiter nur einen Faulenzer und Nummer. Die Preise brüde er derart, daß man es kurzweg als schändlich bezeichnete muß. Als der Bevollmächtigte der Hanauer Verwaltungsausschüsse bei der Direktion wegen verschiedener Lohnbeschwerden vorstellig wurde und Herrmanns davon erfuhr, äußerte er im Beisein mehrerer Arbeiter: „Wenn ich oben wäre, anstatt der General (so titulierte er nämlich den Betriebsleiter Ingenieur Gärtner), ich würde den Kerl die Junge aus dem Saße reißen.“ Sein Hauptbestreben war es, den organisierten Kollegen die Arbeit zu verleiern; er hat es fertig gebracht, daß die tüchtigsten Kollegen und Vertrauensleute entlassen wurden. Aber auch dann noch erschwerte er ihnen das Fortkommen so viel als möglich. Herrmanns drückte sich einst dahin aus, daß er über Zeitungsaufträge nur lacht. Nun, es kann ihm vielleicht noch gerade so gehen, wie einem seiner Vorgänger, der die Nase auch sehr hoch trug und jetzt froh ist, daß er in Hamburg als Former den Stampfer schwingen kann.

Güttenarbeiter.

Aus Rothringen. Zu den von der Natur reich bedachten Gegenden zählt auch Rothringen. Auf und unter der Erde reiche Schätze — Wein und Korn und Gold, Erz und Kohlen u. s. w. Das Volk aber hat keinen Teil an diesen Schätzen. Der unersättliche Kapitalismus hat dem Lande seinen Stempel aufgedrückt. „Wir sind die Herren im Hause“, so erklären die Güttenmagnaten. Sie können es erklären, denn nur allzusehr suchen sie hier die Arbeiter unter der Krute des ausbeutenden Kapitalismus. Auf allen Güttenwerken Ausbeutung des einzelnen bis aufs äußerste durch Ueberlange Arbeitszeit und schlechten Lohn. — Beginnen wir unseren Rundgang bei der Hütte „Friede“ in Neuwitzingen. „Friede“, welches ein erhabenes Wort, den Arbeitern aber wird es zur „Hölle“. Die Arbeitszeit ist überaus lang. Von morgens 6 Uhr bis abends 7 und 8 Uhr, unter Umständen geht es auf den einzelnen Maschinenstrassen nachts durch, damit am nächsten Morgen sofort die nächste Bestellung angefangen werden kann. Rücksicht auf die Arbeiter kennt man nicht; oft haben diese kaum Zeit zum Essen. Das Straßengelbeisen steht hier in der schönsten Blüte. Nach der Gewerbeordnung darf der Arbeiter nicht höher bestraft werden, als mit der Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Aber das steht ja nur auf dem Papier. In der Praxis sieht es hier ganz anders aus. Die Hütte „Friede“ geniert sich nicht, Leute mit einer, zwei, ja drei Schlägen zu bestrafen. Und welche eigenartige Praktiken verfolgt man dabei! Man bestrafte den Arbeiter, der ohne Urlaub feilt, einfach mit einer halben oder ganzen Schicht, und belegt ihn außerdem wegen Schädensatzes nochmals mit derselben Strafe. Ein Anschlag auf Strafe 6 zeigt uns, wie rigoros die Hütte vorgeht; da sollten Arbeiter bestraft werden, wenn sie das Verbrechen begehen, Montag morgens nicht um 1/5 Uhr bei der Arbeit zu sein. Abzüge waren hier in den

letzten Monaten an der Tagesordnung. Die Schichtarbeit der Arbeiter ist erträglich zu nennen. Der Obermeister H. Schmidt hat dem Herrn Dr. G. e. b. r. K. o. b. e. r. zu sein, erwidert doch von ihm ein immer wiederholtes „Nein“ und warum? Weil er überredet war und nicht mehr arbeiten konnte. Letzte ist es auch, daß nach 8 Uhr abends 20, 30, 40, 50 pro Stunde an erkrankten Arbeitern gezahlt wurden, mander gebot nur der 10, wenn er erkrankt, durch Ueberstunden und Sonntagarbeit sein Geld etwas erträglicher zu gestalten. Die diesjährigen Hoffabreibrichtungen lassen sehr viel zu wünschen übrig. Eine S. a. b. o. a. n. f. a. l. t. mit acht Schichten für circa 2000 Arbeiter; Reinlichkeit und Saubermacht machen nicht den besten Eindruck, bei Benutzung der Akkord muß man 5, 6, 7 zahlen, trotzdem man Handbuch und Karte zu stellen hat. K. o. r. t. sind in einem unheimlichen Zustande. Die meisten Arbeiter gehen in den neuen Wald, um ihre Notdurft zu verrichten. Eine andere „sozial“ Einrichtung ist die K. a. n. t. i. n. e. Essen schlecht, Reinlichkeit nicht die beste. G. e. g. e. s. t. r. i. t. man in kaltem Wasser, an schmutzigen Handlächern putzt man es ab. Der W. e. r. k. t. o. n. s. u. m. ist für die Hoffahrt der Hütte eingerichtet; was da den Arbeitern geboten wird, das kann er überall bekommen. Und dann das S. o. h. n. i. s. t. e. m. In jedem 10. des Monats erhält der Arbeiter 40 Prozent Abschlag seines verdienten Lohnes. Am 20. jeden Monats gibt es den Restlohn. Welch toller Profit erwirkt aus dieser „sozialen“ Einrichtung dem Unternehmer an Zinsen aus dem sauren verdienten Gelde der Arbeiter. Wie das Güttenarbeitergesetz respektiert wird, zeigt kurz folgender Fall: Ein Arbeiter fragt den Meister, wie es jetzt wäre mit der zehnständigen Arbeitszeit, sie wäre doch G. e. s. e. t. Erklärt: G. e. s. e. t. ist es wohl, aber wir brauchen es nicht zu halten. Im Stahlwert gilt das Auslösen der Schichten an den Konvertern als Pause, also die Leute müssen arbeiten, aber es gilt als P. a. u. s. e. Im Feinwalzwerk wird täglich 18 Stunden gearbeitet und Samstag bis 12 Uhr nachts. Das ist nach Ansicht der Herren Unternehmer zubielt Güttenarbeiter-schick. Verlassen wir diesen Betrieb und gehen wir zum Eisenkühl, Reichsrat und Reichstagsabgeordneten C. h. a. r. l. e. s. d. e. W. e. n. b. e. l. i. n. S. a. h. i. n. g. e. n. und G. r. o. s. S. o. h. e. u. b. r. e. „Liebe Herren Magnaten, wie dich selbst.“ Danach müßte eigentlich dieser fromme, Kirchenbauende, nach päpstlichem Segen strebende Güttenkönig handeln. Aber was sehen wir auf seinen Werken? Müllur und Ausbeutung, keine freien Arbeiter finden wir hier. Die schlechtesten Löhne werden hier bezahlt, die Ausnutzung der Arbeitskraft wird sehr gründlich betrieben. Die Behandlung der Arbeiter von verschiedenen Vorgesetzten ist schlecht. Strafen regnet's und hagelt's nur so, und zwar in einer Höhe, daß man manchmal unwillkürlich fragt: „Wo bleibt das G. e. s. e. t.“ Wo fliehen die G. e. l. d. e. r. h. i. n. In einen Fonds. „Was geschieht mit dem Gelde?“ frage ich einen Arbeiter. „Ich weiß es nicht.“ Die Arbeiterschaft hat keinen Einfluß darauf, wo ihre Strafgelder hinkommen, sie braucht sie ja nur zu bezahlen. Viel gerühmt werden die sogenannten Hoffabreibrichtungen, man könnte sie auch Zwangseinkünfte nennen. G. r. e. l. l. e. n. wir uns die Kolonie „St. Robertus“ in R. o. s. l. i. n. g. e. n. heraus. Rechts und links ist die Straße eingestäubt von einer Reihe niedriger Häuschen. Grau und schwarz starren sie uns entgegen, ein sonderbares Gefühl überkommt uns. Treten wir ein, gleich drängt sich uns die Frage auf: „Ist das eine Arbeiterwohnung?“ Kleine, dumpfe Zimmer, eine Stützlust kommt uns entgegen; mein Freund, der etwas länger geraten ist als ein normaler Mensch, sieht eine Verwundung aus; beim Eintritt ist er mit dem Kopf an die Decke gestoßen. „Still!“ ruft uns die Frau entgegen, „mein Mann ist krank, gerade ist er eingeschlafen.“ Sie erzählt uns ihr Leid, und dabei hören wir wieder, daß der unersättliche Kapitalismus auch wieder ein Familienleben zerstört, denn bei einem Krankengeld von 1,92 M. pro Tag, das die Betriebskrankenkasse von der W. e. n. b. e. l. den Arbeitern gewährt, kann man keine Familie ernähren. Wir verlassen die Stätte des Glanzes und Jammers, aber ehe wir von der W. e. n. b. e. l. scheiden, wollen wir sein ganzes arbeiterfreundliches Herz laut vor uns liegenden Lohnlisten zeigen. Lohn 87,07 M. steht auf der einen. Keine Stundenzahl ist angegeben. Auf Befragen wird uns erklärt: „Das ist der Lohn von 23 Schichten à 12 Stunden.“ Ein anderer Zettel weist 20 Schichten à 12 Stunden mit 76,40 M. Lohn auf. Hierzu sei bemerkt, daß es sich hier nicht um Hilfsarbeiter, sondern um g. e. l. e. r. n. t. e. L. e. u. t. e. handelt. So bezahlt Charles de W. e. n. b. e. l. seine Arbeiter, der Güttenkönig, der ein kleines Königreich sei eigen nennt und den päpstlichen Segen erhalten hat. Nun wollen wir noch zeigen, was die anderen Beschäftigten der Hütte für ein arbeiterfreundliches Herz haben. Ein Kamerad war längere Zeit krank; die Arbeiter jammerten und brachten 99 M. zusammen. Sie gaben das Geld an den Betriebsleiter der betreffenden Abteilung ab. Dieser übergab der Frau 70 M.; 29 M. behielt er ein mit dem Bemerkten: „Die sind für einen Kranz, wenn Ihr Mann stirbt.“ Wir wollen dem weiter nichts hinzufügen, jeder kann sich sein Urteil selbst bilden, nur das eine möchten wir bemerken: der gute Mann hat eines vergessen, und zwar, daß er nicht gleich noch 10 M. für eine Seelenmesse einbehalten hat. — Eine kurze Wanderung von circa 1/4 Stunden und wir sind bei der „K. o. m. s. a. c. h. e. r. S. t. i. t. e.“ angelangt. Schon von Rothringen aus sehen wir das Werk wie eine Fingerringburg daliegen. A. r. b. e. i. t. z. e. i. t. und L. o. h. n. e. genau so schlecht wie auf den anderen Gütten. Große Abzüge wurden im letzten Herbst vorgenommen. Das Versprechen, die Löhne zum März wieder zu erhöhen, ist bis heute noch nicht erfüllt; aber die Herren notleidenden Aktionäre haben nicht schlecht abgegriffen, denn auch im Jahre 1908 war ein Reingewinn von 3264569,89 M. zu verzeichnen. Sind auf der Hütte „Friede“ die Bundesratsberatungen dazu da, damit sie umgangen werden, so bestehen sie auf der „Rombacher Hütte“ nach Aussage eines Wertgemäßen nur für die „P. l. a. z. a. r. b. e. t. t. e.“. Einen kurzen Blick auf die Behandlungsweise einzelner Meister gegenüber den Arbeitern: Passierte da einem Arbeiter in einer Abteilung das Malheur, daß ihm eine Arbeit kaputt ging, die nicht gerade von großem Wert war. Er sollte sie bezahlen. Weil er sagte, er könne doch nichts dafür, brauchte der Meister folgende Aeußerung: „Ist der Lauser bei seiner Dummheit noch froh, schmeiß ich ihn raus!“ Bewertet sich, daß der betreffende Arbeiter schon das zwanzigste Jahr überföhrt hat. Ein anderer Arbeiter, der ebenfalls beteuerte, daß doch der Arbeiter für das Kaputtgehen nicht haftbar sei, mußte sich ebenfalls die Antwort gefallen lassen: „Er soll ruhig sein, sonst schmeiß ich ihn auch raus!“ Das nur eine Probe, man könnte noch viel mehr solcher Fälle anführen. Mutete man doch den Arbeitern zu, Arbeiten umsonst zu verrichten, man belegte sie mit Strafen, und erst, als sich die Arbeiter energisch dagegen wehrten, wurden die Arbeiten bezahlt und die Strafen zurückgenommen. Ein anderes Bild. Mitte April legten die italienischen Kollagenarbeiter plötzlich die Arbeit nieder, weil sie für den horrenden Lohn (3,20 bis 3,80 M.), den ihnen die Hütte bezahlte, nicht mehr arbeiten wollten. Sofort wurden die notwendigen Ersatzleute aus allen Gegenden zusammengelockert. Ein anderer Arbeiter war krank. Er wollte sich gesund machen, da erklärte ihm der behandelnde Kassenarzt, er solle noch acht Tage warten, er könne nicht arbeiten. Als sich dann später der Arbeiter gesund meldete, wurde ihm gelündigt. Als er sich beim sozialen „Beirat“ beschwerte, erklärte dieser, dagegen könne er nichts ausrichten. Wir glauben es ihnen wohl, den Herren vom sozialen „Beirat“, würden sie doch mit der Hütte in Konflikt kommen; heißt doch ein altes Sprichwort: „Was Brot ich eh, des Lied ich sing.“ Einem auf dem Werk verunglückten Arbeiter erklärte der Arzt bei der Untersuchung: „Ich will schon dafür sorgen, daß die Wunde nicht zu hoch wird.“ Das nur so einzelne Stichproben, wie der „soziale Beirat“ für die Arbeiter eintritt, und wie auf Grund des Betriebskrankentassenwesens der Fabrikarzt mit den Leuten umspringt. Wenden wir uns dem S. o. h. n. i. s. t. e. m. zu. Ist es schon auf den anderen Gütten ein willkürliches zu nennen, so spottet es auf der „Rombacher Hütte“ jeder Beschreibung. Hier wissen die Arbeiter überhaupt nicht, wann sie Geld bekommen. Die Bezahlung wird von der Firma auf einen beliebigen Tag festgesetzt, damit hat sich eben die Arbeiterschaft abzufinden. Die Löhne werden immer schlechter. Den Maschinenisten mußte man zu, wohl mehr Maschinen zu bedienen, den Lohn hat man aber gegenüber vorigen Herbst um

dem auszufälligen ihrem Führer zuzuschreiben ist. Der Verfallung
 bes einen christlichen Kollegen, die er wiederholt abgab, daß er
 sofort die Arbeit niederlegen würde, wenn es ihm nicht ausdrücklich
 verboten wäre, ist ohne weiteres Glauben zu schenken. Die
 Verfallung ist ein einziges in Frage kommendes Mitglied weiter
 rüber, dann wäre der Streik schon mit demselben glatten Erfolg
 in 14 Tagen gewonnen worden. So mühten die Arbeiter die Folgen
 und persönlichen Nachteile eines 14 Tage länger währenden
 Streiks auf sich nehmen. Andererseits ist die erfreuliche Tatsache zu
 konstatieren, daß das Zusammengedenken des Metall- und Industrie-
 arbeiter-Verbandes dem Unternehmer von vornherein die Chancen
 verborgen hätte. Das Ausspielen der einen Organisation gegen
 die andere konnte in diesem Streik nicht stattfinden. Auch nicht die
 früheren Eiferlichkeiten, daß der Erfolg der einen oder anderen
 Organisation zuzuschreiben ist. Einmütig und einträchtig, wie die
 beteiligten Kollegen der beiden Organisationen ihre Pflichten als
 Streikende auf sich genommen hatten, haben auch die Vertreter der
 Organisationen alle Gegensätzlichkeiten aus dem Spiele gelassen.
 Dieser demütigen Handlungswelt ist wohl auch zum größten
 Teil der schnelle und glatte Erfolg zu verdanken. Möge es in Zu-
 kunft habel bleiben. — Das Organ der christlichen Metallarbeiter,
 Der Deutsche Metallarbeiter, legt in den letzten
 Nummern selbstverständlich über den Verlauf des Streiks bei Wandel-
 weith lustig drauflos. Er sucht aus den Aussprüchen sozialdemo-
 kratischer Theoretiker sich Worte und Sätze zusammen, mit denen er
 gegen die „sozialdemokratischen“ Verbände zu Felde ziehen zu können
 glaubt, um — Schurkereien wie bei Wandelweith zu demanteln.
 Man beruft sich besonders auf Kautsky. Nun wir es auch ein-
 mal 5 Minuten mit den christlichen „Theoretikern“. Fräulein
 Dr. Fanny Jmle veröffentlichte gerade im Organ der „Christ-
 lichen“ Metallarbeiter eine Abhandlung über „Streik und christliche
 Moral“. Fanny Jmle, die jetzt von Christentum tristet und Moral
 schwätzt (O Fanny, wie hast du dich geändert!), wehrt auch gegen
 „Organisations- und Streikzwang“, gegen „Gewerkschaftsautorität“,
 sie hält es für „moralisch unzulässig“, wenn der Arbeiter mit
 seiner Arbeitskraft etwas hausbäuerlich wirtschaftet. „Der Arbeiter
 hat treulich zu leisten, was er innerhalb der vereinbarten Arbeits-
 zeit leisten kann.“ Wirklich ausgeprochen. Nur stimmt das mit den
 Vorurteilen nicht überein, die die gute Fanny so häufig — ach,
 so unendlich häufig — vor einigen Jahren gebrauchte. Tod und
 Teufel gegen jeden Kapitalisten, gegen jeden Streikbrecher, Fuß-
 tritt, Schläge, Auskugeln, jede Gewalttat gegen Kapitalisten und
 deren Helfershelfer! So sprach einmal die gute Fanny. — Um
 wieder auf unser Thema zurückzukommen: Ist das vielleicht „ein
 vollkommenes Nachlaufen bei von sozialdemokratischer Seite inszenier-
 ten Streiks“, wenn wir dem einzigen Christen ge-
 statten, ruhig weiter zu arbeiten? Niemand —
 wohl verstanden — niemand hat eine Beteiligung der
 Christen verlangt! Nachdem uns unser Führer der Dabius unter-
 laufen war, der christlichen Organisation nicht davon Mitteilung
 zu machen, daß sie auch einen Beteiligten hatte, waren wir dar-
 über einig, daß der Betreffende ruhig weiter arbeiten konnte. Das
 mußten die Christen, denn wir hatten es ihnen gesagt! Ein Ein-
 zelner konnte den Streik nicht gefährden, die systematische Ver-
 mittlung von Streikbrechern aber mußte den Streik gefährden und
 sie hat ihn auch gefährdet. Und die Vermittlung der Streikbrecher
 geschah zu dem ausgesprochenen — von Peter Brolch ausgesprochenen —
 Zweck, sich die Anerkennung seiner Organisation zu erzwin-
 gen. In Wagenfater Werk wird von den Christen die Sache so
 dargestellt, als ob wir weiß wie viel Mitglieder ihres Verbandes
 bei dem Streik in Frage gekommen wären. Es muß immer wieder
 darauf hingewiesen werden, daß nur ein Mann in Frage kam.
 Eine blödsinnige Ueberhebung ist es, daß wir dann auch eingesehen
 haben, daß wir mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die
 christliche Organisation nichts ausrichten würden. Hätten wir
 solche Maßnahmen anwenden wollen, dann wären in Solingen die
 Christen an die Wand gedrückt worden, daß sie quiekten! Es sei
 auch hier gesagt: noch einmal in Solingen ein solches Verräter-
 stück, dann reden wir Fraktur! Wenn die Christen uns glauben zu
 aufrufen zu müssen: „Wenn ihr unsere Gleichberechtigung nicht zu
 erkennen wollt, dann werden wir sie uns zu erkämpfen wissen“, so
 sei den Reden Brüdern von der frummen Naturlüt gesagt: Wenn
 ihr jemals euch wieder gelassen laßt, auf solche schufliche Art An-
 erkennung — die wir euch bis dato noch nicht verweigert hatten —
 zu erpressen, so gebt acht, daß ihr dabei nicht unter die Räder
 kommt. Es könnte passieren, daß ihr zu Strei gequächt werdet!
 Bewahrt sich ihr, also lernt daraus!

Rundschau.

Reichstag.

In Gewalttätigen von unerhörter Länge erlebte der Reichs-
 tag in der Zeit vom 3. bis 9. Juli die zweite Lesung der so-
 genannten Finanzreform. Es ist unendlich und überflüssig, die ein-
 zelnen Phasen der Verhandlungen hier festzuhalten; wir müssen uns
 damit begnügen, das Gesamtergebnis zusammenzufassen und nach
 dieser Bedeutung zu würdigen.
 Als die Regierung vor acht Monaten die Entwürfe ihrer Fi-
 nanzreform dem Reichstag vorlegte, hatte sie eine feste Mehrheit in
 dem konservativ-liberalen Block zu ihrer Verfügung. Man durfte
 annehmen, daß die Vorschläge nicht ohne Einverständnis der Block-
 führer gemacht worden waren. Indessen zeigte sich sehr bald, daß
 nicht einmal in dem Block selbst Uebereinstimmung über den Weg
 herrschte, den man zur Fällung der Reichsliste einschlagen wollte;
 gegen das vorgeschlagene Branntweinmonopol brach ebenso der
 Sturm los auf der einen Seite, wie durch die Erbschaftsteuer auf
 der anderen Seite die Wut entsetzt wurde. Brantwein-
 liebesgabe und Erbschaftsteuer waren die Steine
 des Anstoßes, an denen der Block und mit ihm der Reichstagler
 Hüft Bülow scheiterten. Dieses Ergebnis hatten zunächst das
 Zentrum und die Polen herbeigeführt, um ihre Sache an
 Bülow zu nehmen. Es bildete sich dann aber aus den gesamten
 reaktionären Parteien ein neuer, der schwarzblaue Block, noch kürzer
 und treffender der Schnapsblock genannt. Dieser nahm nun
 die Behandlung der Finanzen in seine Hand und gestaltete das
 Werk noch wesentlich ungünstiger für die breite Masse der Konsum-
 menten, als die ursprünglichen Regierungsvorschläge gewesen waren.
 Denn man kann wohl annehmen, daß in dem Steuerentwurf der Re-
 gierung die Lichtsteuer und die Patatsteuer feinerzeit
 nur als Kompensationsobjekte enthalten gewesen sind. Die von der
 Regierung gewünschte Verteuerung des Bieres in Form einer Er-
 bschaftsteuer allein ja selbstlos nicht weit genug und hätte auch in
 ihren Einzelheiten manche Verbesserung erfahren müssen, bevor sie
 als annehmbar zu bezeichnen gewesen wäre; aber sie steht doch im-
 merhin turmhoch über den sogenannten Besteuerungen, mit denen der
 Schnapsblock legt das Volk überhäuft. Ein würdevolles Spiel trieben
 die Regierungen, die unablässig vor den andrängenden Reaktionsären
 zurückwichen und heute annehmen, was sie gestern als unannehmbar
 bezeichnet hatten. Selbst wenn man nicht verkennt, daß es für eine
 Regierung sehr verlockend ist, unter welchen Bedingungen es immer
 auch sein mag, Geld in ihre Kasse zu bekommen, selbst dann muß
 man sich mit Entrüstung von der Geschäftsführung eines Mannes
 wie des Geschäftsführers Sybow abwenden, der auch den letzten
 Rest von Würde und Zuverlässigkeit preisgegeben hat.
 Die eigentliche Last der neuen Steuergeetze wird auf die
 Schultern des minderbemittelten Volkes, der großen Konsumieren-

den Kaffe, gewollt. Kaffee und Tee, Bier und Tabak, Brannt-
 wein und Zucker — alles wird von neuem verteuert oder in seinem
 Preis für längere Zeit hinaus geschoben. Aus dem Kaffee- und
 Teezoll sollen 37 Millionen, aus der Branntweinzoll 100 Millionen, aus
 dem Branntweinzoll 80 Millionen und aus der Tabaksteuer 45
 Millionen herausgeholt werden. Zu dieser Verteuerung durch die
 Steuer selbst tritt der Aufschlag, den erfahrungsgemäß der Zwischen-
 handel macht und auch machen muß, weil er das geringere Ab-
 schlag mit größeren Generalaufkosten zu rechnen hat. Schlägt man dafür
 20 bis 30 Prozent je nach der Verschleiertheit der Ware zu der
 Verteuerung hinzu, so gibt es schon eine Vollerhebung von mehr
 als 800 Millionen Mark. Mit den heute in Deutschland erhobenen
 1200 Millionen Mark haben wir also 1600 Millionen indirekte
 Steuern, das sind auf den Kopf der Bevölkerung rund 25 M. pro
 Jahr. Aber damit noch nicht genug: in den letzten Tagen zwang
 die reaktionäre Mehrheit dem Reichstag noch die besonders ge-
 fährliche Zündholzsteuer auf, die eine Verdoppelung bis
 Verdreifachung des heutigen Preises der Zündhölzer bedeutet. Nicht
 weniger als 25 Millionen Mark sucht man mit dieser Steuer her-
 auszuholen.

Auch aus einer Glückbrudersteuer, die für ganze
 Zweige der Metallindustrie vielleicht besondere Bedeutung gewinnen
 kann, will man 20 Millionen Mark ziehen. Rechnet man noch eine
 Erhöhung der Schaumweinsteuer hinzu und beachtet man, daß die
 Zuckersteuer anders als beabsichtigt worden war, ausgefallen ist,
 so ergeben sich nicht weniger als 945 Millionen neuer Konsum-
 steuern.

Wenn wir uns nun klar machen, welche Besteuerungen diesen
 Konsumsteuern entgegenstehen, so ergibt die Vergleichung, daß von
 Besteuerungen überhaupt keine Rede sein kann. An Stelle von Be-
 steuern, die allen Besitz gleichmäßig umfassen und ihn nach seiner
 Größe treffen, sind lediglich Verzehrssteuern getreten, als
 da sind: eine Umsatzsteuer für Grundstücke mit 40 Millionen, eine
 unter dem Namen Latofsteuer versteckte Steuer auf den Umsatz von
 Wertpapieren an der Börse mit 25 Millionen, eine Stempelsteuer
 auf die Ausgabe von Aktien und Schuldscheinen (Effekten-
 stempel) 23 Millionen, Schenkstempel und Wechselstempel zusammen
 22 Millionen und die Fahrkartensteuer in Höhe von 20 Millionen.
 Das gibt zusammen 133 Millionen Mark Verzehrssteuern, die ihrer
 Natur nach abwälzbar, zum allergrößten Teil auch wieder dem
 minderbemittelten Volksteil zur Last fallen werden. Neben all
 diesem ist noch eine Erhöhung der Matrularbe-
 träge von 25 Millionen vorgesehen, so daß im ganzen etwas
 mehr als 500 Millionen Mark wenigstens auf dem Papier stehen.
 Ob tatsächlich der Ertrag der unfruchtigen Steuern so hoch sein wird,
 wie man angenommen hat, das ist mindestens zweifelhaft. Das
 Schlimmste bei ihnen allen ist, daß sie wieder für 50 Millionen
 Mark Schäden anrichten, ehe sie 5 Millionen einbringen.

Aus dem schredlichen Wirrwarr der letzten Reichstagsverhand-
 lungen scheint nur das Eine mit Sicherheit hervorzugehen, daß man
 dem deutschen Volke und dem deutschen Parlamente eine ähnliche
 Belastungsprobe nicht noch einmal zumuten darf. Diesmal ist unter
 Aufwendung einer exemplarischen Brutalität fast ausschließlich die
 große Masse belastet worden und die Junker haben es dabei ver-
 standen, sich nicht nur vom Steuerzahler zu drücken, sondern sogar
 noch eine Reihe von Vorteilen für sich herauszuschlagen. Die Er-
 bitterung ist im Volke auf das höchste gestiegen; wenn es gelingt,
 diese Erbitterung politisch auszunützen, dann müßte die Annahme
 einer Reichsreform und Reichsreformsteuer bei der nächsten
 Gelegenheit als gesichert gelten. Damit wäre aber dann das Steuer-
 system des Reiches auf eine ganz andere Grundlage gestellt und die
 politischen Folgen eines solchen Wandels würden sehr weitreichend
 sein.

Die sozialdemokratische Fraktion hat versucht, bei allen indret-
 ten Steuergeetzen die unmittelbare Schädigung der arbeitslos
 werden Arbeiter in den betroffenen Industrien gesehlich abzuwen-
 den, indem sie ihre Unterstützung in den Gesehen selbst vorjah;
 leider hatte dieser Versuch nur bei dem Tabaksteuergeetz, aber auch
 nur zum Teil, Erfolg, wo die Angst um das Mandat auch eine
 Reihe Mitglieder der reaktionären Parteien zur Zustimmung trieb.

Gewerkschaftliches.

Schiffszimmerer. Die 11. Generalversammlung des
 Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands fand vom 16. bis zum
 18. Mai in Kiel statt. Nach dem Vorstandsbericht hatte der Ver-
 band während der letzten zwei Jahre durchschnittlich 3920 Mit-
 glieder. In 42 Lokalkämpfen war der Verband beteiligt. Auch auf
 diesem Verbandstage referierte unser Kollege K u h o l s W i s s e l l
 aus Berlin über die Reichsverfäherungsordnung,
 worauf eine entsprechende Resolution angenommen wurde. In der
 Debatte über die Taktik bei Lohnbewegungen und
 Streiks wurde auch die Verschmelzungsfrage erörtert
 (siehe genauere Mitteilungen darüber in unserem Artikel Der
 Einheitsgedanke marschiert, Nr. 25 der Metall-
 arbeiter-Zeitung). Dem Regulativ für die Zentral-Verfä-
 l o m m i s s i o n stimmte die Generalversammlung zu, obgleich es
 viel Widerspruch gefunden hatte. Künftig sollen auch die Hilfs-
 arbeiter im Schiffszimmerergewerbe als Mitglieder aufgenommen
 werden können, beghleichen die Lehrlinge. Diese sollen
 wöchentlich 25 M. Beitrag zahlen. Der Vorstand wurde beauftragt,
 bis zur nächsten Generalversammlung einen Entwurf zur Erweite-
 rung des Unterstützungswesens auszuarbeiten. Ein Antrag, wonach
 die Auflösung des Verbandes nur mit vier Fünftel Mehrheit
 beschloffen werden kann (bisher zwei Drittel), wurde abgelehnt. Be-
 schloffen wurde, einen zweiten bezahlten Beamten anzustellen. Dieser
 soll hauptsächlich die Agitation betreiben. Infolgedessen wurden die
 bisherigen Bezirksleitungen aufgehoben.

Kürschner. Der Verband der Kürschner hielt vom 19. bis
 zum 22. April in Nürnberg seinen Verbandstag ab. Der Vorsitzende
 S c h u b e r t führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß die An-
 forderungen, den Verband hochzubringen, daran gehindert seien, daß
 ausländische unorganisierte Berufsangehörige dem Verband in den
 Rücken gefallen seien. Aus diesem Grunde sei ein engerer Zu-
 sammenschluß mit den ausländischen Organisationen notwendig.
 Während der letzten Geschäftsjahre ist die Mitgliederzahl des Ver-
 bandes von 1900 auf 2811 gestiegen. Auch unter den Hilfsarbei-
 tern hat die Organisationsfrage Fuß gefaßt. Das nicht günstige Ende
 der Kämpfe und besonders der Abwehrstreiks war darauf zurück-
 zuführen, daß im Verufe Maschinen eingeführt wurden, gegen die
 die Kämpfe nichts auszurichten vermochten. Berliner Mitglieder
 hatten im vorigen Jahre ohne Genehmigung des Vorstandes ge-
 streikt. Dieser hatte den Streikenden die Unterstützung für eine
 Woche verweigert. Es lag ein Antrag vor, die verweigerete Un-
 terstützung nachzuschaffen. Der Antrag wurde angenommen, es wurde
 jedoch von verschiedenen Delegierten betont, dies ist nicht so auf-
 zuheben, daß auch in Zukunft Streikhelder nachbewilligt werden
 sollten. Der Vorstand mußte das Recht haben, auch Streiks nicht
 zu genehmigen. Der Verbandstag beschloß die Einführung von vier
 Beitragsklassen (60, 50, 40 und 30 M.). ferner die Einführung der
 Erwerbslosenunterstützung, die je nach der Dauer der Mitgliedschaft
 und der Beitragsklasse von 40 M. täglich auf die Dauer von 40 Ta-
 gen bis zu 1,20 M. täglich auf die Dauer von 62 Tagen steigen
 soll. Das Sterbegeld ist in allen Klassen gleich und steigt nach der
 Dauer der Mitgliedschaft von 30 M. auf 70 M. Die Streikunter-
 stützung beträgt nach der Beitragsklasse 1,45 M. bis 2,50 M., die
 Gemahregeldunterstützung 2 M. bis 3,50 M. Ferner können die
 Mitglieder innerhalb dreier Jahre einmal Umzugsunterstützung in
 der Höhe der Hälfte der Unzugskosten, jedoch nicht über 100 M.,

erhalten. Die neuen Beitragsätze treten am 1. Oktober 1909 in
 Kraft treten. Die Unterstützungsätze am 1. Oktober 1910. Das
 Ganze ist einer Uebereinstimmung unterworfen worden.

Bauarbeiterlich.

Den Vertrauenspersonen im Geltungsgebiet der Nordst-
 lichen Bauarbeiter-Vereinsgenossenschaft ist
 mitgeteilt, daß man im Vorstand dieser Berufsorganisation beab-
 sichtigt, die am 1. Januar 1909 in Kraft getretenen Unfalls-
 versicherungsbestimmungen nochmals zu revidieren
 — und zwar nach rückwärts. Die Paragraphen 19, 20 und
 24 dieser Vorschriften (im Teil A für Betriebsleiter,
 W o l t e r s u. f. w.), betreffend Bettagelöhne, sollen abgeändert werden,
 weil angeblich diese Bestimmungen Maßnahmen enthalten sollen,
 welche den Unternehmern Anlag geworden sind. Das Reichs-
 versicherungsgesetz wird zu diesem Anstand auf den Arbeiterstand
 auf seinen Fall seine Zustimmung geben können. Vor allem wird es
 aber auch die solidarische Pflicht der bauarbeiterlichen Vertrauens-
 personen sein müssen, gegen das geplante Vorgehen der Reaktionsäre
 von der „Nordstlichen“ öffentlich zu protestieren. — Weitere Mit-
 teilungen in dieser Sache werden folgen.
 S a m b u r g, im Juli 1909.
 Die Zentral-Kommission für Bauarbeiterlich.
 J. U.: G. Heinke.

Vereinsgesetzliches.

In Nr. 189 der Dresdener Volkszeitung vom
 21. Juni erschien folgende Notiz:
 Am Dezember 1908 wurde der Schlosser E d u a r d T h e o -
 d o r P i l z in Markneukirchen angeklagt, eine gewer-
 schaftliche, also nicht anmeldepflichtige Versammlung der Metall-
 arbeiter nicht angemeldet zu haben, trotzdem in ihr ein politischer
 Vortrag gehalten worden sei. Das Gericht kam aber auf Grund
 der Beweisaufnahme zur Freisprechung und legte der Staats-
 kasse die Kosten und die notwendigen Auslagen des zu Unrecht an-
 gellagten P i l z auf. Dieser hatte infolge des Termins u. f. w. eine
 ganze Reihe Arbeitsstunden versäumen müssen und hatte dadurch
 mehrere Mark Lohn eingebüßt. Auf seinen Antrag nun, ihm den
 Lohnausfall u. f. w. zu ersetzen, erhielt er folgendes Schreiben zu-
 gesandt:
 „Av. 28./08.“

Ausfertigung.

Be s c h l u ß.
 In der Strafsache gegen den Schlosser E d u a r d T h e o d o r P i l z
 in Markneukirchen wegen Uebertretung nach § 5, 18, Bff. 2 des
 Vereinsgesetzes war der Angeklagte durch Urteil des Rgl. Schöff-
 gerichtes Markneukirchen vom 23. Dezember 1908 freigesprochen
 worden. Die Kosten, einschließlich der dem Angeklagten erwachse-
 nen notwendigen Auslagen, waren in jenem Urteile der Staatskasse
 auferlegt worden.
 Auf Antrag des Angeklagten werden die ihm in jenem Ver-
 fahren erwachsenen notwendigen Auslagen auf
 5 Pf.
 festgesetzt, der weitergehende Antrag des Angeklagten wird jedoch
 abgelehnt.

Der Angeklagte hat beantragt, die ihm erwachsenen notwen-
 digen Auslagen auf 4 M. 49 Pf. festzusetzen, und zwar 3 M.
 84 Pf. für Zeiterfassung, 5 Pf. Portoauslagen für seinen An-
 trag auf Zeugenladung und 60 Pf. Portoauslagen für die Bericht-
 erstattung an die Bezirksleitung in Dresden und den Hauptortstand
 in Stuttgart.

Auf Grund von § 499 Abs. 2 Str.-P.-O. erschienen jedoch nur
 die 5 Pf. Portoauslagen für einen Antrag auf Zeugenladung er-
 stattungsfähig, während die 60 Pf. weiteren Portoauslagen, mochte
 der Angeklagte auch zu der Berichterstattung dem Verein gegenüber
 verpflichtet sein, nicht zu den notwendigen Auslagen im Straf-
 verfahren gehören und die Entscheidung für Zeiterfassung nicht
 unter die Auslagen zu rechnen ist.

Markneukirchen, am 11. Mai 1909.
 Das Rgl. Amtsgericht.
 Poppe.

Ausgefertigt am 13. Mai 1909.
 Der Gerichtsschreiber
 des Rgl. Amtsgerichts Markneukirchen.
 Thiele, Aluar.

5 S. — sage und schreibe fünf Pfennige — bekommt also der
 Mann. Das klingt bald wie Sohn, ist aber eine „ordnungsmäßige“
 Erledigung der Sache nach Schema F des heiligen St. Bureau-
 traktismus, der in Deutschland und herbortragend auch in unserem
 engeren Vaterland Sachsin sein Wesen treibt. — Ein armer Ar-
 beiter kann zu Unrecht angeklagt sein. Er hat außer den Schere-
 reien auch noch den Lohnausfall auf sich zu nehmen. Man bietet
 ihm — 5 S.

Der Bund der technischen und industriellen Beamten

hielt während der Pfingstferietage in Berlin seinen Verbandstag ab. In
 einer Resolution, die sich über die Aufgaben des Bundes
 ausspricht, wird gesagt, daß parteipolitische und religiöse Bestre-
 bungen von der Tätigkeit des Bundes ausgeschlossen seien. Zur
 Erreichung seiner Zwecke sollen in erster Linie die gewerkschaftlichen
 Mittel der Selbsthilfe angewendet, im übrigen aber die Gesetz-
 gebung im Reich, im Staat und in den Gemeinden beeinflusst wer-
 den. — In Bezug auf die politische Stellung des Bundes
 wurde nachstehende Erklärung angenommen:

1. Die politische Neutralität des Bundes ist dahin zu ver-
 stehen, daß der Bund als solcher weder für noch gegen eine be-
 stimmte politische Partei Erklärungen abgibt. 2. Eine Kritik der
 Haltung der verschiedenen Parteien ist dessenungeachtet erlaubt, ja
 im Interesse der sozialen Bewegung der technischen Privatangestellten
 geboten. Sie soll sich aber nur auf diejenigen sozialpolitischen
 Fragen erstrecken, die im Interessenbereich der technisch-industriellen
 Beamten liegen. 3. Innerhalb des Bundes, das heißt bei Ver-
 sammlungen oder Sitzungen, die im Namen des Bundes abgehalten
 werden, darf für keine politische Partei durch Wort oder Schrift
 Propaganda gemacht werden. 4. Da der Bund allen politischen
 Parteien gleich neutral gegenübersteht, so muß den Vertretern aller
 politischen Parteien Gelegenheit gegeben werden, in den öffentlichen
 Veranstaltungen des Bundes sich über dessen Ziele zu unterrichten
 und die Stellungnahme ihrer Parteien zu einzelnen Privatbeamten-
 fragen bekanntzugeben und zu begründen. 5. Da die Sozialpolitik
 nur einen Ausschnitt aus der gesamten Politik bildet, ist es drin-
 gend erwünscht, daß die Mitglieder sich außerhalb des Bundes auch
 politisch betätigen und daß sie innerhalb der Partei, der sie sich an-
 geschlossen haben, nachdrücklich für die Verwirklichung des Bundes-
 programms eintreten.

Mitgliederunterstützung Schwunskonkurrenzen.

Das Organ des „Christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes sucht sich
 in Nr. 28 mit einigen beizegenen Redensarten über unsere in
 Nr. 26 gemachten Konstatierungen hinwegzusetzen. Die „Wahrheit“
 kommt dabei wieder in echt „christlicher“ Weise zu ihre. Recht. Das
 Blatt, das die Arbeiterunterstützung in früheren Artikeln als eine
 Unsitte bezeichnet, als einen Unfug u. f. w. erklärt hat, bringt
 jetzt sogar die Mitteilung, daß man in G m b H u d solange auf die
 Krankenunterstützung Verzicht leisten, wie die Unterstützung für das
 U n s e r e n bezahlte werde. Es wird aber verschwiegen, daß
 die U n s e r e n des „christlichen“ Verbandes es gewesen ist, der
 die G m b H u d zu diesem — Schwandentum veranlaßt und ihn gu-
 geheiß hat. Das beweist ein in G m b H u d von der Ortsverwaltung
 des „christlichen“ Verbandes herausgegebenes Flugblatt, in dem es
 heißt:
 „Seit zwei Jahren ist in der hiesigen Hauptindustrie ein außer-
 ordentlich schlechter Geschäftsgang zu verzeichnen. Die Mehrzahl
 der Betriebe arbeitet seit dieser Zeit, mit kurzen Unterbrechungen,
 entweder mit einer e r h o h t e n t ä g l i c h e r A r b e i t s -
 e t t oder aber es wird Woche für Woche 1, 2, in einzelnen Be-

